Mittwoch, 16. November 1932
Nr. 262. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Wahl-Erfolge der SAP

Wählerzahlen vom 6. November überall weit übertroffen — SAP in vielen Gemeindeparlamenten vertreten

Die Wahlergebnisse aus den vielen hundert sächsischen Gemeinden, in denen am Sonntag gewählt worden ist, liegen uns leider erst zum kleinen Teil vor. Wir können daher nur einen ganz ungenügenden Ausschnitt aus der Zahl der Orte veröffentlichen, in denen die SAP sich mit eigenen Listen beteiligt hat. Ueber die zahlreichen weiteren Orte, in denen unsere Partei zur Wahl angetreten ist, über die aber bisher noch keine Meldungen bei uns eingegangen sind, berichten wir in den nächsten Tagen.

In Kamenz konnte die SAP ihre Stimmenzahl von 254 am 6. November auf 398 steigern und ein Stadtverordnetenmandat erobern.

In Ebersbach gewann die SAP mit 174 Stimmen ein Mandat.

In Löbau stieg die Zahl unserer Stimmen von 180 auf 318, ein Stadtverordnetenmandat wurde erobert.

In Neusalza-Spremberg gewann die SAP ein Mandat.

Ebenso wurde in der Industriestadt Radebeul ein Mandat gewonnen.

In Auerbach im Vogtland steigerte die SAP ihre Stimmenzahl von 44 auf 112; ein Mandat konnte dort nicht gewonnen werden.

In Crimmitschau vermehrten wir unsere Stimmen von 298 auf 357 und gewannen 1 Stadtverordnetenmandat.

In Falkenstein erhielt die SAP 259 Stimmen; zu einem Mandat reichte es dort nicht.

In Klingenthal stiegen die Stimmen der SAP von 245 auf 939. Wir erhielten dort 5 Mandate und sind die weitaus stärkste Arbeiterpartei, da die SPD mit 222 Stimmen ein Mandat und die KPD mit 367 Stimmen 2 Mandate bekam.

In Plauitz stiegen die Stimmen der SAP von 620 auf 786. Wir erhielten dort 2 Mandate.

In Rabenstein bei Chemnitz stiegen die Stimmen der SAP von 23 auf 48.

In Gelenau im Erzgeb. erhielten wir 298 Stimmen und 1 Mandat.

In Altmittweida erhielt die SAP 148 Stimmen und ein Mandat.

In Hirschfelde konnte die SAP ein Mandat erobern.

In Netzschkau erhielt die SAP ein Mandat.

In Olbersdorf i. d. Lausitz gewann die SAP ein Mandat.

In der Industriestadt Heidenau hat die SAP gegenüber dem 6. November 50 Prozent Stimmen gewonnen.

In Glashütte stieg die Stimmenzahl der SAP von 58 auf 365! Die SAP erhielt 3 Mandate und ist somit in der Stadtverordnetenversammlung von Glashütte die stärkste proletarische Fraktion. Die SPD hat zwei Mandate, die KPD ein Mandat.

In Gelenau stieg unsere Stimmenzahl von 195 auf 298. Wir erhielten ein Mandat.

In Groß Olbersdorf vermehrten sich die SAP-Stimmen von 69 auf 133. Wir erhielten ein Mandat.

In Markersdorf bei Chemnitz gewann die SAP mit 109 Stimmen ein Mandat.

In Rochlitz erhielt die SAP 200 Stimmen.

In Glaubitz bei Riesa erhielt die SAP ein Mandat, ebenso in Merschwitz. In Leckwitz bei Riesa gewann die SAP zwei Mandate. In Nünchritz bei Riesa stieg unsere Stimmenzahl von 43 auf 76; es fehlten hier sechs Stimmen an einem Mandat.

In Eibau (Lausitz) erhielt die SAP 4 Mandate, während die SPD nur 3 und die KPD 2 Mandate erhielt. Die Nationalsozialisten bekamen nur ein Mandat — ein Beweis dafür, daß sich der Kampf der SAP in der Zurückdrängung der Nazis auswirkt.

In Wendischfähre an der Elbe gewann die von dem SAP-Genossen Pfeiffer geführte Arbeiterliste 75 Stimmen und 2 Mandate. Die SPD erhielt dort 74 Stimmen. Dieser Erfolg der Arbeiterliste ist besonders zu begrüßen, weil die sozialdemokratische Pirnaer Volkszeitung in der schäbigsten Weise gegen die Arbeiterliste hetzte, indem sie behauptete, der SAP-Mann Pfeiffer sei ein verkappter Nazi. Auch dieser Schwindel hat der SPD also nichts genützt.

•

Die zusammenfassenden Berichte aus der Lausitz und dem Vogtland, den beiden stärksten Gebieten der SAP in Sachsen, fehlen leider noch. Aber aus den vorstehenden Stichproben ist bereits zu ersehen, daß der 13. November

die SAP auf der ganzen Linie im Vormarsch

zeigt. Ueberall haben wir ganz wesentlich an Stimmen gewonnen. Jetzt zeigt es sich, daß das Vertrauen, das die SAP in der Arbeiterschaft genießt, bereits viel größer ist, als bisher bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck kam. Unsere Chemnitzer Genossen haben ganz recht, wenn sie uns zu diesem Ergebnis schreiben:

„Damit wird der Beweis geliefert, daß zu einem Pessimismus nicht die mindeste Veranlassung ist. Die Wahlergebnisse beweisen, daß es nur unermüdlicher, zäher Arbeit bedarf, um die allgemeine Stimmung in unserem Sinne auszuwerten. Wir werden nicht erlahmen!"

In diesem Sinne werden die schönen Erfolge unserer sächsischen Genossen für die ganze Partei ein Ansporn sein, unsere Arbeit mit vervielfachten Kräften fortzusetzen!

Gummiknüppel gegen Angeklagte

Unerhörte Vorkommnisse im Felsenecke-Prozeß

Die Montag-Verhandlung im Felsenecke-Prozeß brachte eine Reihe von aufregenden Zwischenfällen, die sich schließlich zu Sturmszenen steigerten, in deren Verlauf

die Polizei mit dem Gummiknüppel gegen die in Haft befindlichen kommunistischen Angeklagten

vorging.

Schon zu Beginn der Sitzung teilte Rechtsanwalt Dr. Fritz Löwenthal dem Gericht mit, daß die in Haft befindlichen kommunistischen Angeklagten sich

seit Sonnabend im Hungerstreik

befänden. Die Angeklagten wollten damit die Haftentlassung des Mitangeklagten Herling erzwingen, der sich im Lazarett befindet, weil er sich schon seit einigen Wochen

während der Sitzungen dauernd erbricht, so daß neben ihm ein großer Eimer stehen muß.

Der Vorsitzende ging ohne weiteres über die Erklärung des Verteidigers zur Tagesordnung über. Die gestrige Sitzung mußte aber wiederum mehrmals wegen neuer Magenkrämpfe des Angeklagten Herling unterbrochen werden. Schließlich verlangte der Angeklagte Wenzel in erregtem Tone eine Pause. Landgerichtsdirektor Dr. Böhmert wies ihn zur Ruhe. Der Angeklagte sprach aber weiter und erklärte, er lasse sich nicht den Mund verbieten. Darauf beantragte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stenig, Wenzel

wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht von der Sitzung auszuschließen.

Drei weitere Angeklagte erklärten nunmehr, daß sie ebenfalls eine Unterbrechung der Verhandlung verlangten. Auch ihren Ausschluß beantragte der Anklagevertreter, worauf Rechtsanwalt Dr. Fritz Löwenthal erklärte, daß er ohne die Angeklagten nicht verhandeln werde. Der Vorsitzende drohte, daß er dann einen Offizialverteidiger ernennen werde.

Inzwischen hatten die Gerichtsärzte Medizinalrat Dr. Schlegel und Medizinalrat Dr. Ewers begutachtet, daß bei Herling keine organische Erkrankung vorliege, sondern daß es sich bei ihm um nervöse, hysterische Erscheinungen handele. Er sei im Lazarett gut aufgehoben und im übrigen körperlich vollkommen gesund, verhandlungs- und haftfähig. Rechtsanwalt Dr. Pickardt schlug vor, den Angeklagten Herling durch einen Arzt aus der Charité untersuchen zu lassen. Zunächst zog sich unter allgemeiner Unruhe das Gericht zur Beratung über den Antrag des Staatsanwalts zurück, die von ihm benannten vier Angeklagten aus der Sitzung entfernen zu lassen. Ehe das Gericht aber erschien,

traf im Schwurgerichtssaal ein Kommando von Schupobeamten ein.

Der Vorsitzende verkündete darauf, daß die Angeklagten Wenzel, Nees und Andree aus dem Sitzungssaal zu entfernen seien, weil sie dem Befehl des Vorsitzenden nicht gehorcht hätten. Es sei zu erwarten, daß sie durch ihre Widersetzlichkeit die Verhandlung systematisch zu stören versuchen würden. Der Zustand des Angeklagten Herling gebe ihnen keine Veranlassung zu ihren Widersetzlichkeiten, da bereits vier Aerzte bekundet hätten, daß Herling im Lazarett gut versorgt sei.

Als die drei ausgeschlossenen Angeklagten von dem Justizwachtmeister abgeführt wurden, stürmten die sämtlichen in der Anklagebank sich befindenden kommunistischen Angeklagten, obwohl der Vorsitzende ihnen zurief: „Die anderen haben hier zu bleiben", ihnen nach und

die Anklagebank war im Augenblick leer.

Eine Schar von Justiz- und Polizeibeamten lief den Angeklagten nach. Vom Gang zum Gefängnis hörte man lauten Lärm und Rot-Front-Rufe, an denen sich auch ein Teil der Zuhörer beteiligte.

Nach einiger Zeit wurden einige Angeklagte wieder zurückgebracht, unter ihnen als Erster einer der drei Ausgeschlossenen, der laut dagegen protestierte, daß man ihn mißhandelt hätte. Als dann ein weiterer Angeklagter durch die Tür hineinflog,

schlug noch im Saal ein Polizeibeamter auf ihn mit dem Gummiknüppel ein.

Die Verteidiger und die Angeklagten protestierten laut dagegen, und es entstand eine allgemeine Aufregung, die noch dadurch verstärkt wurde, daß der Angeklagte mit Gebrüll aufsprang und einen Stuhl aufhob, dann aber sofort

in Krämpfen zu Boden fiel und bewußtlos liegen blieb.

Der Vorsitzende ließ darauf den Zuhörerraum, der sich lebhaft an den Vorgängen beteiligt hatte, räumen und ordnete an, daß die Angeklagten abgeführt würden, da die Sitzung zunächst unterbrochen sei.

Rechtsanwalt Dr. Fritz Löwenthal: Herr Vorsitzender, die Sitzung wird heute nicht fortgesetzt.

Vorsitzender: Sie haben meinen Anordnungen nicht zu widersprechen, wenn Sie die Verteidigung niederlegen wollen, ist das Ihre Sache. Damit war die Sitzung beendet.

Weiter dem Abgrund zu

Notrufe aus den Städten

D. d. Herr Bracht, den man gewiß nicht verdächtigen wird, aus Deutschland einen „Wohlfahrtsstaat" zu machen, hatte am 18. Oktober einen Notbrief über die katastrophale Lage der preußischen Gemeinden an die Reichsregierung gesandt. In diesem Brief heißt es, daß infolge der „ungeheuren Finanznot der Gemeinden" die Rückstände an abzuliefernden Staatssteuern vom Mai bis 22. August 32 von 61,7 Millionen Mark auf 129,6 Millionen Mark angestiegen sind und weiter noch steigen. Bracht fordert die Heraufsetzung der schlüsselmäßigen Reichswohlfahrtsdotation um mindestens monatlich 25 Millionen Mark, und zwar fordert er sie bereits für den Monat Oktober. Es heißt in seinem Brief dann wörtlich:

„Würde die Erhöhung, entgegen meinen dringenden Vorstellungen erst für den Monat November erfolgen, dann könnte inzwischen schon mehrere, und zwar große Gemeinden namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zusammengebrochen sein." —

Bracht weiß sehr wohl, was ein Zusammenbruch der Städte für das Regime der Großagrarier, Schlotbarone und Generäle bedeuten würde, denn er fährt fort: „und der dadurch bewirkte Rückschlag könnte auch unübersehbare politische Auswirkungen haben."

Der Brief, der also sofortige Hilfe forderte, versank zunächst unbeantwortet in der Reichskanzlei. Man ist ja nicht so ängstlich! — Dann fand 14 Tage darauf eine Sitzung der Verwaltungsleiter der Kommunen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets über die Finanznot der Gemeinden statt. (Nebenbei: Das ist die seinerzeit viel besprochene westdeutsche „Oberbürgermeister-Gewerkschaft", die dadurch berüchtigt geworden ist, daß sie sich weigerte, einen freiwilligen Abzug von ihren überspitzten Gehältern geschehen zu lassen.) Die Herren Oberbürgermeister beschweren sich über die ungerechte Verteilung der Reichsmittel, wodurch es den Gemeinden unmöglich wird, für die Wohlfahrtsunterstützungen zu garantieren, viel weniger noch sei daran zu denken, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzuführen. Es wurde die Uebertragung der Lasten aus der Arbeitslosigkeit auf das Reich gefordert und alle Reichsmittel müßten den Gemeinden ohne Verpflichtung zur Rückzahlung bereitgestellt werden. Die Verteilung der Reichsmittel nach den bisherigen Wohlfahrtsdotationen wurde für ungenügend erklärt, sie ließe den dringenden Bedarf ungedeckt.

Natürlich denken die Herren Oberbürgermeister weniger an die Not der Erwerbslosen. Wenn sie diese Forderungen stellen, so liegt ihnen vor allem daran, den drohenden völligen Bankrott ihrer Gemeinden aufzuhalten. Immerhin kann von uns mit Befriedigung festgestellt werden, daß auch sie, die sich von Papen, Gayl, Schleicher usw. kaum unterscheiden, von einer „ungerechten Verteilung der Reichsmittel" sprechen, indem die Regierung fortgesetzt bankrotte Agrar- und Industrieunternehmungen mit Millionensubventionen beschert und im übrigen den Bankrott der Städte Bankrott sein läßt.

Nun hat die Papenregierung doch noch die Städte mit einigen „Geschenken" bedacht. Erstens ist den Städten eine neue Reichshilfe von 50 Millionen gemacht worden, zweitens sollen bis zum Frühjahr keine Aussteuerungen aus der Krisenunterstützung vorgenommen werden. Interessant ist nun, wie sich der Oberbürgermeister Dr. Hartmann aus Remscheid dazu äußert. Er muß zugeben, daß diese neue Zuwendung kaum „zu Buche schlage". Man hätte zum mindesten erwarten müssen, daß die durch Ueberführung von 300 000 Erwerbslosen an die Gemeinden freiwerdenden 150 Millionen Mark in der Reichskasse den Städten zugewendet worden seien. Der Bedarf der deutschen Städte für Unterstützungszwecke betrage 1350 Millionen Mark, wovon aber nur 670 Millionen Mark bewilligt worden seien. Hinzu kommen noch die ungedeckten Wohlfahrtslasten aus dem Jahre 1931. Die Einstellung der Aussteuerung aus der Krisenunterstützung ergebe schon deshalb keine führbare

Erleichterung für die Städte, da nach der Zahl der Krisenunterstützungsempfänger für den Winter ohnehin keine nennenswerten Ueberweisungen an die Gemeinden erfolgen würden, so werde das beim Abschluß des Etatsjahres für Remscheid z. B. nicht mehr als eine Ersparnis von 500 bis 600 Personen ausmachen. Dr. Hartmann kommt zu dem Ergebnis, daß die neueste Reichshilfe nicht geeignet ist, die Kommunen aus dem tiefsten Elend herauszuführen. Er bestätigt die durch Bracht bereits gemachte Feststellung, daß sämtliche Städte nicht mehr in der Lage seien, die Gehälter, Löhne und Wohlfahrtslasten zu tragen.

Damit nicht genug. Am Donnerstag sprach der Beigeordnete des Deutschen Städtetages, Dr. Benecke, im Wuppertal über das gleiche Thema. An eine Arbeitsbeschaffung durch die Städte sei überhaupt nicht zu denken, die Situation sei vielmehr so, daß die Gemeinden vollkommen außerstande sind, die Wohlfahrtslasten ohne erhöhte Reichshilfe weiter zu tragen.

Ende September 1932 waren in der Reichsversicherung nur noch 14% der unterstützten Erwerbslosen, dagegen fielen 57% den Städten zur Last. Der Reichsdurchschnitt in der Unterstützung eines unverheirateten Arbeitslosen betrage heute nur noch 7 Mark in der Woche, wogegen die Reichsanstalt bis jetzt allein einen Ueberschuß von 200 Millionen Mark habe. Benecke wiederholt die Forderung der Städte die dahin geht, eine Loslösung der Arbeitslosenfürsorge vom Gemeindehaushalt herbeizuführen. Bis dahin beansprucht er für die Städte die Zuwendung des Reichsanstaltsüberschusses von 200 Millionen Mark.

So oder so, ob durch das Reich oder durch die Städte Unterstützungen gezahlt werden, im Grunde bleibt für die Erwerbslosen das Elend bestehen, und der Bankrott des kapitalistischen Systems wird dadurch nicht beseitigt. Daß aber die Reichsregierung den Forderungen der Städte überhaupt entsprechen wird, daran ist nicht zu denken. Der Fall, daß die Städte nicht mehr die Unterstützungen zahlen konnten, ist im Laufe der letzten Wochen schon mehr als einmal eingetreten. Von der Arbeiterschaft aber hängt es ab, ob die bereits von Bracht prophezeiten „unübersehbaren politischen Auswirkungen" reifen werden.

Papen im Hause der Sachsen

(Eigener Bericht der SAZ)

Dresden, 14. November.

Schon seit Tagen durchzitterte den Wallotbau am Elbestrand Aufregung und Unruhe. Am Montag gegen 12 Uhr war endlich die große Stunde gekommen. Papen fuhr mit seinem Stab,

begleitet von den Niederrufen der angesammelten Menge und den daraufhin einsetzenden Gummiknüppel-Attacken

von wegen der Autorität der Reichsregierung — zum Besuch des Landtagsvorstandes vor.

Das Vestibül des Hauses war der historischen Stunde entsprechend vorgerichtet. Ein langer roter Teppich, den bisher nur Hindenburgs geweihter Fuß betreten hatte, bewahrte Papen vor der Berührung des Bodens, den ansonsten nur gewöhnliche Sterbliche zu beschreiten pflegen. Für Pflanzenschmuck war auch in reichem Maße von dem vorsorglichen Landtagsvorstand gesorgt.

Entsprechend der Stellung des Parlaments in der Ideologie unserer Reichsregierung, hatte der Landtagsvorstand dafür gesorgt, daß die Rede Papens vor der Presse nicht im Saale der „Volksvertretung", sondern in den feudalen Räumen der früheren Ersten Kammer der staunenden Mitwelt zu Gehör gebracht wurde.

In Diktatorenpose, mit den bekannten stahlharten blauen Augen, betrat der Reichskanzler aufrecht den Saal der früheren Ersten Kammer.

*

Bemerkenswert waren die Aeußerungen eines Chemnitzer Pressevertreters mit dem eigenartigen Namen Dr. Maushagen, der sich vor Wonne über die Ausführungen Papens kaum zu fassen wußte, aber immerhin doch noch den Mut aufbrachte, Kritik zu üben. Er wünschte nämlich ein noch schärferes Durchgreifen der Reichsregierung gegen die Streikbewegung im Chemnitzer Industriegebiet. Er forderte den Reichskanzler mit nackten Worten auf, jeden Streik einfach zu unterdrücken. Papen antwortete auf dieses Ansinnen nicht ablehnend — was sehr verständlich ist — und verwies mit liebenswürdiger Geste auf den neben ihm sitzenden Ministerpräsidenten Schieck. Mit anderen Worten, er war also mit den Forderungen Maushagens durchaus einverstanden, nur habe sich der gute Maushagen in der Instanz geirrt. (Das ergänzt sehr gut den an anderer Stelle behandelten Offenen Brief der Chemnitzer Allgemeinen an den Reichskanzler!)

Nach diesen Offenbarungen Papens begab er sich zu weiteren Taten zum Oberbürgermeister Külz. Von den Niederrufen und der abermals einsetzenden Gummiknüppel-Attacke begleitet, bestieg er seinen Wagen und fuhr zum Dresdner Rathaus, wo ihm ebenfalls ein „würdiger" Empfang beschieden war.

Werbt Abonnenten!

Zusammenbruch der Anklage im Bullerjahn-Prozeß

Leipzig, 14. November.

Die Oberreichsanwaltschaft erlebte heute im Bullerjahn-Prozeß ihren „schwarzen Montag". Unter fieberhafter Spannung der den Raum des Vierten Strafsenats füllenden Oeffentlichkeit wurde der bisher „große Unbekannte" und Hauptbelastungszeuge, Generaldirektor von Gontard, vernommen. Man war gespannt darauf, was dieser „geheimnisvolle Herr" und zugleich Zierde des deutschen Unternehmertums denn nun Ungünstiges gegen Walter Bullerjahn zu sagen hatte. Er war die Achse der Anklage, auf ihn stützt sich die Oberreichsanwaltschaft,

auf Grund seiner Aussagen wurde seinerzeit Bullerjahn zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Um es gleich vorweg zu nehmen, Gontard wußte rein gar nichts zu sagen. Verfangen in vielerlei Widersprüche, sich in leere Nebensächlichkeiten verlierend, wiederholte er nur immer den stereotypen Satz:

„Ich kann mich nicht mehr erinnern!"

Das ist der Typus der deutschen Generaldirektoren. Es wäre nützlich, wenn man noch breiteren Kreis der Oeffentlichkeit und insbesondere der Arbeiterschaft die Verhandlungen des Reichsgerichts zugänglich machen würde, um ihnen zu zeigen, wie es um die sogenannten Träger der Wirtschaft bestellt ist.

*

Als Präsident Bünger den Zeugen vereidigen will, stellt Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld den Antrag, die Vereidigung am Ende der Aussagen vorzunehmen. Das Gericht entscheidet im Sinne des Oberreichsanwalts.

Gontard gibt zunächst an, daß er jetzt Aufsichtsrat in verschiedenen Unternehmungen sei. Als Generaldirektor bei den Berlin-Carlsruher Industriewerken hatte er die Aufsicht über fünf Werke. Früher ging das Geschäft gut. (Waffenproduktion.) Das habe sich jedoch mit dem 9. November geändert. Man habe sich dann auf Handelsartikel umgestellt.

Bei der fraglichen Revision durch die IKK will Gontard auf dem Lande gewesen sein. Er habe durch telephonischen Anruf davon erfahren. Da sei ihm mitgeteilt worden, daß der Verdacht sich gegen den „Lagerverwalter" richte. Es entspinnt sich dann ein längerer Disput darüber, ob Bullerjahn Oberlagerverwalter war.

Dann gibt Gontard weiter an,

daß er der ganzen Angelegenheit keine Bedeutung beigemessen habe, bis zu dem Tage, da er von englischen Offizieren die Mitteilungen über den Verrat Bullerjahns bekommen habe.

Nun ist verblüffend, daß Gontard sich noch genau des englischen Satzes erinnern kann, welcher zu ihm gesprochen wurde, aber nicht mehr zu wissen angibt, wann, wo und wer zu ihm diese Worte gesprochen hat. Schließlich verwickelt er sich unter den Fragen des Vorsitzenden und der Verteidigung derart in Widersprüche, daß er am Ende betont,

er habe seinerzeit jene Aussage nur auf Drängen der Kriminalpolizei gemacht.

Wichtig war noch die Frage, ob es bei der IKK überhaupt eine englische oder französische Abteilung gegeben hat. Gontard hat es so dargestellt. Nach Vorhaltung der Verteidigung läßt er davon ab.

Gontard äußert beiläufig, daß man sich aus geschäftlichen Gründen mit den Herren von der IKK gut stehen mußte. Sehr richtig weist der zweite Verteidiger, Prof. Sensheimer, darauf hin, daß vielleicht auch die Herren der IKK ein Interesse hatten, mit ihnen zu verkehren.

Die Verhandlungen dauern an.

„Säuberung" des freiwilligen Arbeitsdienstes

Sollen die Gewerkschaften rausgeworfen werden?

Was wir und jeder klassenbewußte Gewerkschaftler voraussagten, scheint sich schneller, als anzunehmen war, zu erfüllen. Nachdem Reichsbanner, SPD, SAJ und die reformistische Gewerkschaftsführung mit allem Nachdruck für den freiwilligen Arbeitsdienst Reklame gemacht und ihm auf die Beine geholfen haben, scheint die Reaktion diese freiwilligen Helfer los werden zu wollen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Jetzt, nachdem der FAD „populär" ist, nachdem hunderttausende von jugendlichen Arbeitern sich nicht zuletzt durch diese SPD-Reklame dazu verleiten ließen, soll jeder nicht hundertprozentig national-faschistische Einfluß ausgeschaltet und der FAD eine reine nationalistische Einrichtung werden.

Vor einigen Tagen hat die schwerindustrielle „Berliner Börsenzeitung", das Organ Schleichers, Alarm geschlagen. Unter der Ueberschrift „Versagt der Arbeitsdienst?" wurde dort geklagt, daß der FAD kein einheitliches Ganzes sei, allen möglichen Einflüssen „bestimmter Organisationen" ausgesetzt sei. Man müsse „im bewußten Gegensatz zur bisherigen Handhabung beschleunigt eine organische Umgestaltung ansetzen". Es wird gefordert: „Ausschaltung aller für die Erziehung ungeeigneter Dienstträger, schärfste Ausscheidung jedes wirtschaftlichen oder parteipolitischen Mißbrauchs, Ausbau der Ansätze zur planmäßigen Führerschulung, Sicherung wirklicher Volkserziehung in überparteilich nationalem Sinn."

Dieser Wink war deutlich. Und schleunigst hat auch der Arbeitsminister in einem Interview, das er dem Chefredakteur des WTB „gewährte", dargelegt, daß der freiwillige Arbeitsdienst im Sinne der Forderung der Börsenzeitung reorganisiert wird. Dem FAD sei, so wurde vom Arbeitsminister erklärt, die Mitwirkung von Verbänden der verschiedenen Richtungen ganz besonders förderlich gewesen. Ohne sie wäre der Arbeitsdienst nicht die Volksbewegung geworden, die er heute darstellt. Man wolle auch die Mitarbeit der Verbände nicht einschränken und ausschalten, aber gegen Auswüchse könne eingeschritten werden. Wörtlich: „Es ist Vorsorge getroffen, daß ungeeignete Verbände aus dem freiwilligen Arbeitsdienst entfernt werden."

Das heißt nichts anderes, als daß den freien Gewerkschaften angedroht wird. Entweder habt ihr euch bedingungslos dem nationalistischen Programm im FAD zu unterwerfen oder ihr werdet bei erster bester Gelegenheit hinausgeworfen.

Eine neue Lehre für die Arbeiterklasse, daß es vollkommen falsch und nur der kapitalistischen Konterrevolution dienlich ist, wenn man glaubt, sich in reaktionäre Bewegungen „einschalten" zu können, um sie umzugestalten. Wie hier das Beispiel zeigt, wird dadurch nichts anderes erreicht als die Stärkung der reaktionären Bewegung, und wenn das erreicht ist, werden die freiwilligen Helfer als überflüssig vor die Tür gesetzt. Darum: Schluß mit der Unterstützung des FAD durch die Gewerkschaften, genereller und rücksichtsloser Kampf gegen jede Art des Arbeitsdienstes!

Nazi-MdR Anstifter von Attentaten

Im Altonaer Terror-Prozeß mußte am Montag der Hauptangeklagte, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Moder, ein umfassendes Geständnis ablegen. Er mußte zugeben, daß er den Sturmbannführern

den Befehl zur Durchführung der Attentate gegeben

habe. Er habe sie sogar vor einer etwaigen Nichtbefolgung des Befehls gewarnt,

da sie sonst als Verräter behandelt würden.

Als Begründung für diese Handlungsweise gab er an, die nationalsozialistische Bewegung sei so stark gewesen, daß sie nach seiner Meinung das Recht dazu gehabt habe, an die Macht zu kommen. Die roten Herren in Preußen hätten sie aber daran gehindert. Darüber sei er so erbittert gewesen, daß er sofort zu den Anschlägen entschlossen gewesen sei. Außerdem habe er den roten Herren noch nach den Wahlen zeigen wollen, daß die Nationalsozialisten nicht so schnell das Feld räumen würden. Wenn man für die Attentate gerade die kleineren Orte in Schleswig-Holstein gewählt habe, so deshalb,

weil man mit den roten Banden in Hamburg, Altona und den anderen großen Städten erst später abrechnen wollte.

Auf eine Frage des Vorsitzenden bestritt der Angeklagte, Anweisungen aus München erhalten zu haben. Von den gleichzeitig erfolgten Anschlägen in Ostpreußen und in Schlesien will er nichts gewußt haben!

*

Hamburg, 12. November.

Im Altonaer Sprengstoff-Prozeß beantragte der Verteidiger, die wegen der Altonaer Anschläge beschuldigten sieben Nationalsozialisten sofort aus der Haft zu entlassen. Das Gericht hat diesem Antrag stattgegeben.

Papens Spiel

Am Dienstag und Mittwoch wird der Reichskanzler die seit langem angekündigten Besprechungen mit den Parteiführern abhalten. Soviel man bisher weiß, wollen die Nationalsozialisten der Einladung zu Papen nicht Folge leisten. Die Vertreter des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei dürften zu verstehen geben, daß sie zwar für eine nationale Konzentration, aber gegen die Person des Herrn Papen sind. Auch mit den Führern der SPD, die ebenfalls eingeladen worden sind, dürfte Papen nicht zu einer Verständigung kommen.

Es ist also mit ziemlicher Gewißheit vorauszusagen, daß nur die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Papen ihre Unterstützung zusagen werden. Der Plan der Reichsregierung läuft offensichtlich darauf hinaus, auf diese Weise dem Reichspräsidenten zu demonstrieren, daß der Reichstag arbeitsunfähig sei und daher weiter ausgeschaltet werden müsse. Ob dann der Reichstag sofort aufgelöst wird, oder ob die Regierung ihm wenigstens zu einer oder zwei Sitzungen zusammentreten läßt, ist noch unentschieden. Die gestern allgemein verbreiteten Meldungen über Reichstagsauflösung noch in dieser Woche werden jetzt von verschiedenen Seiten widerrufen; die Entscheidung soll frühestens in der nächsten Woche fallen. An der allgemeinen Situation wird durch diese Verzögerung natürlich nichts geändert.

Freche Unternehmerforderung

Streikverbot durch Notverordnung

Die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung", ein besonders bösartiges Reptil der sächsischen Scharfmacher, veröffentlicht einen „Offenen Brief an den Reichskanzler". Darin wird Beschwerde geführt, daß die sächsische Textilindustrie auf Grund der Papenverordnung viel mehr Neueinstellungen vornehmen könnte, wenn sie nicht durch die „kommunistische Streikhetze" dauernd daran gehindert würde. In Hunderten von Betrieben „herrscht ein ausgesprochener Arbeitskriegszustand". Dagegen fordert die „Ch. A. Z.":

„Maßnahmen, die die völlig unentbehrliche Voraussetzung des Arbeitserfolges, nämlich Sicherheit und Vertrauen, in vollem Umfange wieder herstellten. Zu solchen Maßnahmen gehört ein allgemeines Streikverbot im Rahmen der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten, ein Verbot der Betriebszellenzeitungen und Druckschriften gleichen Charakters. Dazu gehört weiter ein Verbot derjenigen Zeitungen, die zur offenen Auflehnung und Gewalt gegen die Durchführung der Wirtschaftsverordnung aufhetzen, und schließlich ein Verbot der revolutionären Gewerkschaftsopposition, weil sie nicht auf dem Boden der Verfassung steht."

Die ganze Frechheit dieser Unternehmerforderungen tritt erst voll in Erscheinung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zur Zeit die Textilindustrie allgemein und auch in Sachsen sehr gut beschäftigt ist, daß aber die Textilindustriellen nicht nur die 400 Mk. Prämie pro Neueinstellung einsacken, sondern auch noch die erbärmlichen Hungerlöhne weiter kürzen wollen.

Dagegen — nicht gegen die Neueinstellungen — wehren sich alle Arbeiter, nicht nur die kommunistischen. Deshalb fordern die Scharfmacher unter der üblichen Kommunistenhetze Streikverbot. Der Schrei der Textilindustriellen beweist aber auch, wie günstig die Kampfmöglichkeiten für die Arbeiter sind und wie unverantwortlich und gewerkschaftsschädigend die von uns vor kurzem angeprangerte Leitung des Textilarbeiterverbandes handelt, wenn sie jetzt alle Streiks gegen Lohnraub verhindert oder sabotiert.

Komödie um eine goldene Medaille

Die abgesetzte preußische Staatsregierung unter Führung von Otto Braun hat am Montag wieder einmal eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde sogar ein Beschluß gefaßt. Auf Antrag des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde nämlich beschlossen, die große goldene Staatsmedaille Preußens für Verdienste um den Staat Gerhart Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag zu verleihen.

Aber mit diesem Beschluß hatte die Regierung Otto Braun ihre Befugnisse bereits weit überschritten! Die kommissarische Preußenregierung des Herrn Bracht ließ sofort erklären, der Beschluß der Regierung Braun sei ihr unverständlich, denn die kommissarische Regierung habe ja schon vor längerer Zeit beschlossen, Gerhart Hauptmann die goldene Staatsmedaille zu überreichen. Allerdings stelle der nachträgliche Beschluß der alten Staatsregierung in erfreulicher Weise klar, daß in diesem Falle keine politische Meinungsverschiedenheit bestehe! Die goldene Medaille werde nun durch die Reichsregierung zugleich im Namen der Reichskommissare für Preußen dem Dichter überreicht werden.

Wenn die Regierung Otto Braun auch nur eine Spur von Mannesstolz besitzt, dann wird sie sich das nicht bieten lassen! Sie ist berufen, die goldene Staatsmedaille zu überreichen, und durch keinen Reichskommissar darf sie sich dieses hohe Recht rauben lassen! Im schlimmsten Falle wird Gerhart Hauptmann eben zwei goldene Medaillen tragen müssen!

Mitglieder des Konsum-Verein Vorwärts

„Wie kann der Zusammenbruch des Konsumvereins „Vorwärts" verhindert werden? — Sollen die Kleingläubiger dem Vergleichsvorschlag zustimmen?"

Versammlung aller Kleingläubiger und Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts" am Mittwoch, dem 16. November, 10 Uhr vormittags, im Zentralballsaal, Westendstr.

Eintritt nur unter Vorweisung des Mitgliedsausweises.

Eckstein,
Mitglied des Gläubigerausschusses.

Braunert,
Mitglied des Genossenschaftsrates.

Trotz alledem den Kurs vorwärts

Bunzlau.

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung referierte Genosse Rosenstein, Breslau, über: Das Ergebnis der Reichstagswahl und die Aufgabe der SAP.

Genosse Rosenstein zeigte in seinen Ausführungen klar und deutlich die Linie, die jetzt die Partei zu gehen hat, ohne die Politik der SPD und KPD und das Wahlergebnis auf uns wirken zu lassen. Wir müssen im neuen Jahr, das für die Partei jetzt beginnt, die Partei hart zu machen versuchen, die Genossen als tatkräftige Kämpfer erziehen, dann wird sich bald die Erkenntnis durchringen im Proletariat, daß nur unsere Politik zu einem Siege führt. In der regen Diskussion setzten sich alle Genossen für eine weitere Stärkung der Partei ein. Mängel und Fehler müssen gebessert werden, dann wird sich auch die Durchschlagskraft für unsere Parolen einfinden. Presse und persönliche Werbung müssen in einem größeren Maßstab einsetzen, um unsere Grundlage im Proletariat zu vergrößern. Oertliche Angelegenheiten fanden dann noch ihre Erledigung.

Gleichzeitig bewies die am 12. November veranstaltete Jahresfeier die Lebendigkeit der Partei. Der SJV sowie der Schutzbund hatten alles vorbereitet, um den zahlreichen Genossen eine Feierstunde zu bereiten.

Jugendgenossen sowie allen Parteigenossen rufen wir zu: Helft tatkräftig mit, um den planmäßigen Werbezug in der Arbeiterschaft Bunzlaus für die Partei als Erfolg zu buchen.

Kampfbereit!

5 Tote, 262 Verletzte

Chronik der Verkehrsunfälle

Breslau, 14. November.

Im Oktober 1932 waren im Polizeibezirk Breslau 387 Verkehrsunfälle zu verzeichnen. Obwohl die gleichen Monate der Jahre 1930 und 1931 ebenfalls sehr hohe Verkehrsunfallziffern gebracht haben, so war der diesjährige Oktober doch ganz besonders reich an Verkehrsunfällen, so daß

eine Steigerung von ca. 6 Prozent gegenüber den Vorjahren

zu verzeichnen ist. Bei diesen Unfällen wurden 5 Personen getötet, und zwar ein 48jähriger Radfahrer, ein 62jähriger Kutscher, ein 40jähriger Soziusfahrer, eine 84jährige Fußgängerin und ein 6½jähriger Schüler.

Weiterhin wurden bei den Unfällen 262 Personen verletzt, darunter 185 männliche und 77 weibliche. 88 Personen wurden so schwer verletzt, daß die sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus veranlaßt werden mußte.

Spinale Kinderlähmung

Lauban, 14. November.

Ein zweiter Fall von spinaler Kinderlähmung ereignete sich in der Volksschule in Wigandsthal, so daß diese auf Anordnung des Kreisarztes auf 14 Tage geschlossen werden mußte. Der Krankheitsfall soll jedoch leichterer Natur sein.

Bücherei und Proletariat

Benutzt die Volksbüchereien

Die wenigsten Arbeiter Breslaus wissen, daß unsere Stadt neben einer großen Anzahl von Büchereien, auf die wir weiter unten zu sprechen kommen, eine Bücherei besitzt, wie sie ihresgleichen nur in wenigen deutschen Großstädten zu finden ist. Es ist die Staats- und Universitätsbibliothek, die mit ihrem heutigen Stand 609 001 Bände umfaßt.

Woher sollten sie dies auch wissen? Die wenigsten Proleten besitzen das Geld dazu, um die hohen Leihgebühren zu bezahlen, die wenigsten finden den Mut, gegen die bürokratischen Formalitäten, die man bei der Entleihung eines Buches erfüllen muß, anzukämpfen. In der Sprache des Bürgertums gesagt, handelt er sich hier um eine „wissenschaftliche Bibliothek".

Und die kapitalistische Gesellschaft hat es von jeher verstanden, das Bildungswesen, und dazu zählt ja auch im engeren Sinne die Staats- und Universitätsbibliothek, die Wissenschaft also, zu monopolisieren.

Andererseits befleißigt sich die Reaktion einer starken Zurückhaltung, wenn es darum geht, bereits vorhandene Kulturwerte zu schützen oder auszubauen. So ergibt sich die Groteske, daß die riesigen Bücherbestände der Staatsbibliothek völlig unzureichend — ja geradezu fahrlässig — untergebracht sind.

Die riesigen Massen an Büchern müssen nämlich in einem alten, bereits 1810 bezogenen Bau, dem früheren Augustiner-Chorherrenstift, buchstäblich zusammengepfercht werden. Bei der zunehmenden Ueberfüllung der Büchereiräume wächst von Tag zu Tag die Gefahr eines Deckeneinsturzes. Obgleich von verschiedener Seite — auch von bürgerlicher — auf diese dringende Gefahr hingewiesen wurde, haben die zuständigen Stellen bisher nichts unternommen, Abhilfe zu schaffen. Aber dies nur nebenbei.

Das Proletariat führt einen ständigen Kampf um Bildungsmöglichkeiten, denn das „Wissen" ist gerade für die Arbeiterschaft die schärfste Waffe im Klassenkampf. Trotz aller Schwierigkeiten müßten gerade die Funktionäre der Arbeiterparteien dafür Sorge tragen, daß diese Staats- und Universitätsbibliothek auch der Arbeiterschaft zugänglich gemacht wird. Daß die Schranken der hohen Leihgebühren und eines bürokratischen, umständlichen Entleihganges fallen.

Aber es gibt ja auch noch andere Bibliotheken.

Breslau besitzt bekanntlich auch eine proletarische Bücherei, die „Zentral-Arbeiterbibliothek" im Gewerkschaftshaus. Eine Bücherei, auf die scheinbar die Atmosphäre der Räumlichkeiten des GW abgefärbt haben, denn man befleißigt sich, sie möglichst im Sinne des Reformismus zu leiten und sie von allen revolutionären „Ketzereien" freizuhalten. Eine Bibliothek, in der die wichtigsten Werke des Kommunismus nicht zu finden sind, Marx und Engels nur in gesiebten und gesichteten Ausgaben.

Dagegen haben aber, wie erfreulicherweise festgestellt werden kann, eine ganze Reihe von SAP-Genossen eifrig die Volksbücherei an den Teichäckern benutzt. Und das mit Recht.

Mancher unserer proletarischen Leser wird über diese Feststellung vielleicht erstaunt sein, aber sich beruhigen, wenn er erfährt, daß in dieser Bücherei gerade von unseren Genossen die Gesamtausgabe der Werke Lenins und verschiedene grundlegende Arbeiten von Marx und Engels ständig ausgeliehen werden. Gewiß, wir sehen als klassenbewußtes Proletariat in dieser Bücherei, wie sie im Augenblick im kapitalistischen Staate besteht, lediglich nur ein bürgerliches Unternehmen, das aber von unserem Standpunkte aus bis zum gewissen Sinne für uns erschlossen werden kann.

Geht hin und leiht! Laßt euch aber nicht von den Bibliothekaren oder Bibliothekarinnen Bücher empfehlen, die uns nichts angehen, sondern verlangt das, was ihr lesen wollt. Wir werden euch dabei behilflich sein und von Zeit zu Zeit kurze Hinweise über den Bestand an marxistischer und revolutionärer Literatur in der Volksbücherei bringen und auch über Neuanschaffungen dieser Institution laufend unterrichten.

Eine erfreuliche Tat

Eine Tat praktischer Solidarität für die Arbeiter-Kinder — aber auch für die erwachsenen Genossen und Genossinnen — leisteten die Arbeiterkinderfreunde Breslau (SAI), indem sie ab 1. November zwei neue Heime als sozialistische Eigenheime eingerichtet und der Benützung übergeben haben.

Durch den Ende Juni erfolgten Ausschluß aus dem Stadtausschuß für Jugendpflege mußten wir für die Stadtteile, in denen früher Schulräume für die Arbeit benötigt wurden, Eigenheime schaffen, sollte die notwendigste Erziehungsarbeit nicht ernsthaft in Gefahr kommen.

Ein im Hintergebäude des Grundstücks Friedrich-Wilhelm-Str. 80 gelegener Werkraum, in dem sich früher eine Peitenhauerei befand, wurde binnen drei Wochen durch eifrige opferfreudige Genossen in ein besonders freundliches und wohnliches Heim hergerichtet. Es waren nicht weniger als 360 Arbeitsstunden hierzu erforderlich.

Im Grundstück Frankfurter Str. 100 wurden zwei Räume, die einer berliner Firma gehören, zu gleicher Zeit in den erforderlichen wohnlichen Zustand versetzt. Hier waren einige größere Arbeiten durch die Lichtanlage und durch Neubau einer Treppe erforderlich. Die Einrichtung wurde fast aus einem Nichts geschaffen. Tische und Bänke wurden gezimmert, Stühle und Schemel, sowie einige Oefen sind uns dankenswerter Weise von Genossen gespendet worden. Allen an dem Werk praktischer Solidarität beteiligten Genossen sei hiermit herzlichst gedankt.

Das Heim Grabschen, früher Seydlitzstraße befindlich, hat durch die Verlegung nach der Sonnenstraße 39 eine beträchtliche, räumliche Erweiterung erfahren. In Gemeinschaft mit den Freien Menschen haben wir neben zwei Heimräumen uns einen 250 Menschen fassenden Raum als Vortrags- und Theatersaal hergerichtet.

Diese neuen Heimstätten sollen nicht nur für die Ertüchtigung der Jüngsten, sondern auch der Klassenkampfschulung der älteren Generation dienen. Sie sollen Wirkungsstätten aktiven, positiven Schaffens für die Befreiung der Arbeiterklasse, kurz sozialistische Zentren der einzelnen Stadtteile werden. Darum ist es selbstverständliche Pflicht, aller Organisationen, in erster Linie die Heime der Arbeiter-Kinderfreunde zu belegen, damit auch die Genossen und Genossinnen von dem unangenehmen, lästigen Aufenthalt der Gastwirtschaften befreit werden.

Arbeiter-Kinderfreunde Breslau.

Bei Ausbesserungsarbeiten vom Starkstrom getötet

Der von einer Dresdener Firma nach Breslau entsandte 36jährige Elektromonteur Max Mühlbach war an der im Grundstück Gartenstraße 67 befindlichen Lichtreklameanlage mit einer Reparatur beschäftigt. Die Arbeiten fanden auf dem Dachboden des Grundstücks statt, wobei die vorgeschriebenen Sicherungsmaßnahmen getroffen waren. M. erlitt bei diesen Arbeiten eine Starkstromverletzung. Diese Verletzung wurde erst festgestellt, nachdem seine Mitarbeiter auf mehrere Anreden ohne Antwort blieben. Der sofort herbeigerufene Arzt ordnete die Ueberführung ins Krankenhaus an, wo nur der Tod festgestellt werden konnte. Nach den bisherigen Feststellungen dürfte es sich um einen Unglücksfall handeln.

Explosion beim Nachfüllen von Petroleum

Lüben, 14. November.

In Groß-Rinnersdorf explodierte in der Wohnung des Landarbeiters Jenke beim Nachfüllen von Petroleum die brennende Lampe und die Petroleumkanne. Frau Jenke und ihr vierjähriges Kind trugen schwere Brandwunden davon und mußten ins Kreiskrankenhaus Lüben gebracht werden.

Haltestelle Pilsnitz — West

Am 8. November 1932 ist für die Kraftomnibuslinie A (Letzter Heller—Herrnprotsch bzw. Alt-Stabelwitz) am Westausgange von Pilsnitz am Friedhofswege eine Haltestelle in beiden Fahrtrichtungen eingerichtet worden.

BÜHNE VON LINKS GESEHEN

Gerhart-Hauptmann-Theater.

„Die Ratten."

Gerhart Hauptmann wird am 15. November 70 Jahre alt. Die Feiern um diesen Tag dauern schon Monate. In Breslau hatte man bei dieser Gelegenheit wenigstens gehofft, nicht den unerträglichen Mystiker, sondern den Naturalisten, besser, den frühen Hauptmann wieder aufgeführt zu sehen. Den Dichter der „Weber" und des „Biberpelzes". Die herrschende Theaterpolitik aber, die das erste diskutable Stück der Saison, Hays „Siegismund", auf Einspruch der Dompfaffen bereitwilligst verschwinden ließ (wir lassen uns hiergern berichtigen), hat sich gegenüber dem obigen Gedanken merkwürdig abweisend verhalten. Im Gerhart-Hauptmann-Theater, dessen Spielplan dem Niedergang seines Namengebers alle Ehre macht, werden jetzt „Die Ratten" gegeben. Eine Tragikomödie, wie sie Hauptmann nennt. Eine Tragikomödie des Dichters selbst, wie wir meinen. Denn ddiese unglückselige Mischung von Theaterkulissenschwank und schauerlichem Rührstück verrät nur noch entfernt die alte Meisterschaft Hauptmanns. Die zusammenhanglose Handlung hängt nicht einmal mit dem Titel zusammen. Das „Drama" ist ein Knäuel von unmotivierten Zufällen. Echt wirkt dabei nur eines, die Naivität, mit der der Dichter das alles sieht, mit der er die Widerspruchsfülle der Gesellschaft schildert. Aber in der Echtheit, in der Naivität seines Erlebens liegt auch das Geheimnis seines Erfolges, wie wir morgen in einem bereits angekündigten Artikel über den späteren Hauptmann dartun werden. Der starke Beifall im Gerhart-Hauptmann-Theater galt allerdings nicht dem Dichter, sondern dem menschlich ergreifenden Spiel Alfred Scherzers und noch mehr Maja Serings. Die übrigen Schauspieler mühten sich verzweifelt wie die Inszenierung, der spukhaften Realistik dieses unhaltbaren Stückes gerecht zu werden.

E. K.

Liebesstrategie.

Uraufführung im Stadttheater.

Auch wer nicht dazu neigt, alle künstlerischen (oder unkünstlerischen) Erzeugnisse lediglich oder zuerst und hauptsächlich auf ihre „proletarische Brauchbarkeit" hin zu betrachten, wird eine gewisse Sorte von Erzeugnissen für das Kulturgebiet des Proletariers glatt ablehnen müssen. Zu diesen gehören die süßlich-kitschigen und krampfhaft komischen Operetten, mit denen wir in der letzten Zeit überschwemmt wurden, und von denen wir am Freitag wieder eine Kostprobe im Stadttheater vorgesetzt bekamen.

Der Komponist von „Liebesstrategie", Rudolf Senger, wollte mit seinem Werk, wie er im Programmheft erklärt, die Operette zur Klassik zurückführen. Sein Werk reicht aber auch nicht an irgendeiner Stelle im allerentferntesten an die wirklich klassischen Operetten (Johann Strauß, Offenbach u. a.) heran. Senger bringt merkwürdig bekannt klingende Walzermelodien, dann wieder, da es auf dem Rückweg zur Klassik offenbar nicht gut vorwärts ging, moderne Tanzmelodien; alles ist wenig einfallsreich, wenig temperamentvoll und kaum originell.

Es ist sehr zu bedauern, daß unser Opernpersonal seine Kräfte für derartiges hergeben muß. Diese Operette dürfte allerdings nicht einmal ein Kassenerfolg werden.

Von der Aufführung sind nur das unter dem tüchtigen Kapellmeister Wetzlar gut musizierende Orchester und die sehr hübschen, gut ausgearbeiteten Tanzvorführungen zu erwähnen.

Beste Tabake sind Vorbedingung für eine gute Cigarette,

aber erst durch die Kunst der richtigen Mischung und durch hochentwickelte Fabrikations-Methoden entsteht eine

JUNO!

Ihr Name ist für Kenner ein Qualitätsbegriff und wirbt für sich allein, sodaß auf unsachliche Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien verzichtet werden kann.

Der Juno-Raucher weiß schon, was er will!

Unüberbrückbar!

Von Paul Frölich

„Der Uebertritt Karl Francks zur SPD ist ein Symptom, das von der Parteimitgliedschaft ernst beachtet werden muß. Wohl ist es richtig, daß es ihm nur gelungen ist, etwa ein halbes Dutzend Angehörige der Partei für seinen Schritt zu gewinnen." Doch ist es keine Kleinigkeit, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes, einer, der sehr verantwortungsvolle Funktionen in der Partei ausübte und der eine revolutionäre Vergangenheit hat, mit der Partei bricht und einen ruhigen Hafen sucht. Das ist mehr als ein persönlicher Fall. Das signalisiert eine Gefahr. Man muß sie klar ins Auge fassen und gegen sie Front machen.

Es ist völlig gleichgültig, was Frank im besonderen zum Verlassen der Fahne bewogen hat. Er zog es vor, darüber zu schweigen. Aber das kann bestimmt ausgesprochen werden, daß er den Schritt nicht getan hätte, wenn nicht eine gewisse Unsicherheit, eine Enttäuschung in manchen Kreisen der Partei wäre, die ihn ermutigte. Diese Enttäuschung ist auch sehr begreiflich. Es wird nur wenige in unseren Reihen geben, die sich von Anfang an über die Größe der Aufgaben unserer Partei und die ihrer Lösung entgegenstehenden Schwierigkeiten völlig klar gewesen sind. Viele haben geglaubt, die Erkenntnis, die sie zur Gründung der Partei trieb, müsse sehr bald Massen ergreifen und die Sozialistische Arbeiterpartei zu einem ausschlaggebenden politischen Faktor machen. Sie übersahen, daß sich die jahrzehntelte Krankheit der Arbeiterbewegung nicht durch die Anstrengungen einiger Monate überwinden läßt, daß nur eine zähe Arbeit, der unerschütterliche Wille, selbst Rückschläge in Kauf zu nehmen, zum Ziele führen kann.

War es eine Laune, eine augenblickliche Verärgerung, die zur Trennung von der Sozialdemokratie führte? War die Gründung der Partei nur ein Tasten nach einem neuen Wege, den man wieder verlassen könne, wenn er sich als ungangbar erwies? Nein! Es war der ständig wachsende Gegensatz zur sozialdemokratischen Politik, die Erkenntnis des Wesensunterschiedes zwischen dieser Politik und den Grundbedingungen des Klassenkampfes, der harte, unausweichliche Zwang, eine eigene revolutionäre Partei zu schaffen. In unserer Prinzipienerklärung ist der grundlegende Gegensatz zur Sozialdemokratie so ausgesprochen worden:

„Die reformistische Politik wirkt sich nicht nur gegen die Zukunftsinteressen des Proletariats, sondern unmittelbar auch gegen seine Tagesinteressen aus und führt zur fortschreitenden Zerklüftung der Arbeiterbewegung. Ihr Wesen als Werkzeug der Reaktion offenbart sich in krassester Weise."

Die SPD ist durch ihre bisherige Politik unlösbar mit dem kapitalistischen Staat und dem kapitalistischen System verbunden und damit die Gefangene ihrer eigenen Politik. Die Rückkehr zum Klassenkampf ist ihr für immer verbaut. Ihre Politik kann und muß sich darum um so mehr zum Schaden der Arbeiterklasse auswirken, als der Kapitalismus in seiner Niedergangsperiode ihr die Rolle zuweist, als Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse zu fungieren. Zugleich wird hierdurch naturgemäß jede Grundlage zu einer internationalen Orientierung der Arbeiterklasse beseitigt und damit der Internationalismus, der ein Lebenselement des Proletariats ist. Das völlige Versagen der Zweiten Internationale ist hierfür der sinnfällige Ausdruck."

„Die Sozialistische Arbeiterpartei steht daher in unüberbrückbarem prinzipiellen Gegensatz zur SPD und zur Zweiten Internationale."

Hat der Parteitag, der die Prinzipienerklärung beschloß, diese Sätze etwa überspitzt, um damit die Agitation der Partei zu erleichtern? Wäre das der Fall, dann wäre die Prinzipienerklärung nicht das Papier wert, auf das sie gedruckt ist. Jeder Satz eines Programms muß der Ausdruck einer sicheren Erkenntnis sein, hinter der das ganze Verantwortungsbewußtsein gegenüber der eigenen Klasse steht. Aus diesem Bewußtsein heraus wurden die Sätze so bestimmt und scharf formuliert. Sie umfassen in wenig Worten die Erfahrung zweier Jahrzehnte und mehr.

Und diese Sätze sind in dem halben Jahr, das seit dem Parteitag vergangen ist, immer von neuem bestätigt worden. Der 20. Juli hat bewiesen, daß die SPD ohnmächtig ist, wenn es den Kampf gegen die Reaktion gilt, daß sie nicht einmal die bürgerliche Demokratie vor der völligen Vernichtung zu retten wagt. Der 12. September zeigte die Sozialdemokratie als hilfsbereite Magd der Regierung Papen, indem sie sich beeilte, den Konflikt im Lager der Konterrevolution aus der Welt zu schaffen. Mit ihrer „sozialistischen Aktion" hat diese Partei aufgedeckt, daß sie nicht einmal zum Zwecke der Demagogie über die Grenzen des Kapitalismus hinaus denken kann. Das kraftlose Gezerre wegen der preußischen Regierung führt zu immer neuer Demütigung der SPD. Und durch die schamlose Streikbruchpropaganda beim Berliner Verkehrsstreik hat sie sich wiederum als Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse erwiesen.

Vielleicht erkennt ein Karl Frank alles das an. Vielleicht hat ihn zum Ueberlaufen nur der Glaube verleitet, man könne in der Sozialdemokratie eine revolutionäre Politik durchsetzen. Das ist kein Glaube, der Berge versetzt. Der Versuch der alten Opposition hat den strikten Gegenbeweis gegen ein solches Unterfangen erbracht. Und es ist nicht der geringste Zweifel erlaubt, daß jeder Ueberläufer zur SPD durch den Apparat dieser Partei, durch den Zwang der Tatsachen, durch die Notwendigkeit, sich als echtes Mitglied dieser Partei zu legitimieren, genötigt wird, die konterrevolutionäre sozialdemokratische Politik zu verteidigen und zu stützen.

Wer zur Sozialdemokratie geht, bricht mit der Revolution. Wer mit dem Gedanken spielt, in den Schoß der „Mutterpartei" zurückzukehren, der gibt die Grundsätze der SAP auf oder er hat sie nie in sich aufgenommen.

Schwankungen sind da. Was ist zu tun?

Das Erste ist, daß die Parteigenossen ihre Wachsamkeit verdoppeln und jedem Schwanken mit Energie entgegentreten. Wo sich eine Unsicherheit, ein Liebäugeln mit der „großen Nachbarin" zeigt, muß in der Mitgliedschaft sofort eine ernste, tiefgreifende Debatte über unsere Grundanschauungen, über das Wesen der SPD und die Rolle unserer Partei eingeleitet werden. Die Partei muß vor Zersetzung bewahrt werden. Gegen Kapitulationspropaganda muß entschlossen durchgegriffen werden. Den Anfängen muß man wehren.

Weiter ist stärker als bisher zu wachen, daß die programmatischen Anschauungen der Partei sich in ihrer gesamten Politik unverfälscht verwirklichen. Einzelne Fehler sind nicht gefährlich. Aber man muß sich hüten, die schiefe Ebene zu beschreiten, auf der es kein Halten und kein Umkehren gibt. Man darf sich nicht irre machen lassen durch Geschrei über Dogmatismus. Nur eine klare Politik trägt Früchte.

In der Sozialdemokratie zeigt sich eine Opposition. Sie ist noch unsicher und zaghaft. Die Verbindungen zu ihr müssen aufgenommen werden. Ratend und helfend muß man ihr zur Seite treten, und um so besser werden wir helfen können, je klarer wir ihr das Wesen der Sozialdemokratie und das Wesen revolutionärer Politik aufzeigen. Nur wenn diese Opposition erkennt, daß es sich bei der Wahl zwischen Reformismus und Revolution um Lebensfragen der Arbeiterklasse und nicht um bloße taktische Unterschiede handelt, wird sie Mut und Entschlossenheit aufbringen, zu tun, was das Klasseninteresse verlangt.

Vor allem aber gilt es, die eigene Partei mit Selbstvertrauen zu erfüllen. Wir haben unsere Arbeit ernst zu prüfen, Schwächen und Fehler auszumerzen. Aber zu Katzenjammer ist kein Anlaß. Wir müssen uns darüber klar werden, daß die beiden Kolosse auf tönernen Füßen, die SPD wie die KPD, bisher fast ungeschwächt überwintern konnten, weil die Arbeiterklasse verzweifelt und inaktiv war. Jetzt zeigen sich hoffnungsvolle, starke Ansätze zur Aktivität. Hier liegt die Gewißheit unseres Erfolges, wenn wir ohne Schwanken richtunggebend wirken.

Im übrigen gibt es für einen Revolutionär nur eine Frage: Sind die Grundanschauungen der Partei richtig? Nichts anderes kann entscheiden. Sind sie richtig — und alle Erfahrung beweist es —, dann gibt es nur das eine: Zähe und unverdrossen zu wirken und vorwärts zu marschieren, unbeirrt von allen Schwierigkeiten!

Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz

J. R. Auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli d. J. und auf der Konferenz von Stresa, wo die speziellen Wirtschaftsprobleme der südosteuropäischen Länder auf der Tagesordnung standen, mußte von den Vertretern der kapitalistischen Staaten eingestanden werden, daß sie die wichtigsten Probleme der Weltwirtschaftskrise nicht zu lösen vermögen. Die Fragen der Preisgestaltung, der Währungssanierungen und internationalen Verschuldung fanden keine Lösung. Aber es wurde der ganzen Welt verkündet, daß demnächst eine große Weltwirtschaftskonferenz stattfinden solle, auf der auch diese Probleme beraten und Beschlußfassungen herbeigeführt würden. Nur die damals noch ausstehende amerikanische Präsidentenwahl sollte noch abgewartet werden; die Bourgeoisie der ganzen Welt und ihre Regierungen hatten das größte Verständnis dafür, daß sich keine der ausschlaggebenden amerikanischen Parteien, weder die demokratische noch die republikanische, vor der Wahl in irgendeiner Richtung binden wollten. Sie waren außerdem sicher auch deshalb mit einer Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz einverstanden, weil der Glaube an ein allgemeines Rezept von internationalen Wirtschaftskonferenzen nach den vielen Erfahrungen der letzten Jahre auch im bürgerlichen Lager einer starken Skepsis Platz gemacht hat.

Die amerikanischen Wahlen haben inzwischen stattgefunden, der Demokrat Roosevelt hat über den Republikaner und Heilsverkünder Hoover den Sieg davongetragen. Es haben auch bereits vorbereitende Besprechungen für die Weltwirtschaftskonferenz von Delegierten der wichtigsten Länder, darunter auch Amerikas, in Genf stattgefunden. Das Resultat aber ist, daß die Weltwirtschaftskonferenz, wenn überhaupt, so nicht vor April 1933 zusammenkommen wird.

Die vorbereitenden Sitzungen begannen bereits unter ungünstigen Zeichen. Der in den letzten Jahren durch seine (kapitalistischen) Ausgleichsversuche bekanntgewordene englische Wirtschaftssachverständige Sir Walter Layton verzichtete infolge Meinungsverschiedenheiten mit seiner Regierung über den Ausgang von Ottawa und die neue englische Zoll- und Kontingentierungspolitik auf seine Delegation in den vorbereitenden Ausschuß. Er sehe in dieser Politik eine Ursache dafür, daß die Weltwirtschaftskonferenz zu keinen positiven Ergebnissen kommen könne.

Die Delegierten tagten unter dem Vorsitz des Präsidenten der Niederländischen Bank Trip, der zugleich Delegierter der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel war. Sie konstituierten eine Finanzkommission unter der Leitung des italienischen und einen Wirtschaftsausschuß unter Leitung des belgischen Delegierten. Hier wurden vor allem die Frage, ob Goldwährung notwendig sei oder nicht und die Auswirkung von Zoll- und Kontingentierungsmaßnahmen erörtert. Nach 10 Tagen gelangte man zu dem Ergebnis, daß die Probleme weit schwieriger seien, als ursprünglich angenommen wurde, und daß eine Stellungnahme unmöglich sei, ehe nicht die Stellungnahme der neuen amerikanischen Regierung zu all diesen Fragen bekannt sei. Man ging auseinander und beschloß die Weitertagung der Ausschüsse im Dezember oder Januar. Bis dahin soll vor allem auch die BIZ Vorschläge ausarbeiten. Diese Bank, die ursprünglich — im Anschluß an den Young-Plan — lediglich zur Transferierung der deutschen Reparationszahlungen errichtet war, besteht nämlich auch nach der praktischen Erledigung der Reparationsfrage auf der Lausanner Konferenz weiter und soll auch weiterhin — mit neuen Funktionen — bestehen bleiben.

Die erwartete Stellungnahme der amerikanischen Regierung läßt auf sich warten. Wenn die Demokraten in der Wahlkampagne gegen die unerhört hohen Zölle der Aera Hoover polemisierten und eine andere Zollpolitik unter ihrem Zepter in Aussicht stellten (Zollerleichterungen und Handelsverträge), so werden auch sie als Vertreter kapitalistischer Interessen angesichts der schweren amerikanischen Wirtschaftskrise in der Praxis weder für volle Zollaufhebung, noch für die von den Alliierten des Weltkrieges erwartete Kriegsschuldenstreichung, noch für die Streichung der deutschen privaten Schulden, auf die Papen neuerdings wieder anspielte, zu haben sein.

Eine befriedigende Stellungnahme der amerikanischen Regierung ist aber auch, abgesehen davon, daß Roosevelt sein Amt überhaupt erst im März offiziell antritt, nicht so bald zu erwarten.

Die Vereinigten Staaten haben ein Interesse an der Weltwirtschaftskonferenz vor allem im Hinblick auf eine Regelung der Währungsverhältnisse. Hier aber bildet England den Gegenspieler; es will in der Frage seiner Pfund-Stabilisierung und Goldwährung freie Hand haben. England ist aus anderen Gründen an der Weltwirtschaftskonferenz interessiert. Frankreich dagegen wünscht eine möglichst lange Hinauszögerung der Konferenz, einmal weil es sich in der Frage der Reparationsstreichungen am meisten geschädigt fühlt und deshalb vor der Konferenz, gewissermaßen als Ausgleich, die Zusicherung seiner Kriegsschuldenstreichung gegenüber Amerika braucht. Zweitens sieht es ständig seine Hegemonie auf dem Kontinent bedroht und fordert deshalb eine Klärung in der Abrüstungs-, d. h. in Wirklichkeit in seiner Aufrüstungsfrage, ebenfalls noch vor Stattfinden der Weltwirtschaftskonferenz. Die Aussichten, wann und ob überhaupt eine Weltwirtschaftskonferenz zustandekommt, und welche Resultate sie zeitigen wird, sind deshalb so ungewiß wie je.

Vom proletarisch-sozialistischen Standpunkt ist es sicher, daß auch diese Konferenz keine Lösung der Weltwirtschaftsprobleme bringen kann. Die Sanierung der Wirtschaft erfordert eine andere und tiefere Einsicht in die Wirtschaftszusammenhänge, als die Vertreter der Kapitalistenklasse sie haben.

Heute wird versucht, durch Zerstörung von Betrieben und Millionen von Proletarierleben die Produktion auf einem sehr viel niedrigeren Stand als in den letzten Jahren wieder in Gang zu bringen. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel wird, nach einer Schilderung in der „Berliner Börsenzeitung", die industrielle Kapazität heute nur zu 40 Prozent ausgenutzt, und das Volkseinkommen hat sich dort gegenüber 1929 um 60 Prozent vermindert. Aber auch das ist kein Ausweg. Die „Ueberproduktion" wird doch bleiben. Denn das Massenelend, auf dem die kapitalistische Wirtschaft basiert, vermindert die Käufer der Waren, obwohl ein riesengroßer Bedarf vorhanden ist, und der heutige Stand der Technik und die von den einzelnen Unternehmern aus Selbsterhaltungstrieb fortgesetzten Rationalisierungsmaßnahmen steigern immer wieder die Produktionskapazität, wie sie andererseits neue Arbeitermassen „überflüssig" und brotlos machen.

Auch die hier und da vorhandenen Zollfreiheits- und antimonopolitischen Tendenzen können sich nicht mehr durchsetzen, weil das Interesse gerade der Kapitalskreise, die auf die Regierungen den größten Einfluß haben, die entgegengesetzte Preis- und Handelspolitik erheischen. Da aber heute nicht nur Handwerker und Kleinkapitalisten vom Ruin bedroht sind, sondern auch die mächtigsten Trusts in Schwierigkeiten geraten, so werden sie auch weiterhin Staats-Subventionen, Steuererlaß usw. für sich durchsetzen und dadurch mit dafür sorgen, daß die Staatsdefizite wachsen. Der einzige Ausweg bleibt der entschlossene Kampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System, bleibt, daß die Arbeiterklasse die Bahn frei macht zum Aufbau des Sozialismus.

Die faschistische Amnestie

(P. G.) Nun ist das vom Faschismus erlassene Amnestiedekret, das die endgültige Festigung dieses Systems und seine Großmut gegenüber seinen Gegnern beweisen soll, herausgekommen, nachdem es von Mussolini selbst und von der Weltpresse als unerhörtes Ereignis angekündigt worden war.

Die italienische Presse schreibt über die Amnestie, als ob es sich um den umfassendsten Gnadenakt handle, der in Italien je verkündet wurde. Aber, wie zu erwarten war, ist dies nur eine neue in der endlosen Reihe der Lügen zu Ehren des Faschismus. In Tat und Wahrheit übertreffen (ganz abgesehen von der Nachkriegsamnestie von 1919) sogar die faschistischen Amnestien von 1922 und 1923 bei weitem jene, die jetzt verkündet worden ist. Aber 1922 und 1923 handelte es sich darum, die Verbrecher (und nur diese!) freizulassen, die für die faschistische „Revolution" gearbeitet hatten und bei dieser Gelegenheit wurde die unerhörteste Nachgiebigkeit geübt. Heute handelt es sich aber um Gegner und es genügt, sich den Anschein eines Edelmutes zu geben, den wirklich zu betätigen man sich hütet.

Nicht ein einziges der hervorragenden Opfer unter den Hunderten, die das Sondergericht auf die Galeeren geschickt hat, erhält seine Freiheit wieder.

Eine Verkürzung ihrer Strafe um fünf Jahre — das ist alles. Vorausgesetzt, daß diese heroischen Kämpfer nicht noch andere Verurteilungen, wenn auch politischer Natur und leichter Art, erlitten haben. Denn in diesem Falle gibt es nicht einmal eine Verkürzung der Strafzeit!

Man hat den Glauben erweckt, daß die ehemaligen Frontkämpfer, die im Felde Ausgezeichneten und die Kriegsbeschädigten besondere Vergünstigungen erhalten werden — im Gegenteil; es gibt keine Sonderbehandlung jener Kriegshelden, die es gewagt haben, dem Faschismus zu trotzen. Und es verdient unterstrichen zu werden, daß gleichzeitig andere Dekrete jenen faschistischen Prätorianern, die während des Bürgerkrieges gewütet haben, alle möglichen Berufsvorrechte gewähren.

Die Amnestie wird nur jenen politisch Verurteilten von Nutzen sein, die nie hätten verurteilt werden dürfen, nämlich jenen, die nur deshalb verurteilt wurden, weil sie einen Aufruf erhalten oder bei Sammlungen für die politischen Opfer einige Lire gegeben hatten. Man wird also nur einige Dutzend jener Unbekannten in Freiheit setzen — vorausgesetzt, daß man sie nicht sofort auf die Inseln schickt — die in keiner Partei gekämpft haben, sowie einige Dutzend junger Kommunisten oder Sozialisten. Aber die Kommunisten Terracini, Gramsci und Licausi, die Sozialisten und Republikaner Pertini, Bauer, Andreis, und die Liberalen Vinciguerra und Rendi und alle jene anderen, die nur zu nennen zu lang wäre,

werden noch fünf, zehn, fünfzehn und zwanzig Jahre lang im Gefängnis bleiben.

Das ist also die Amnestie, die hätte beweisen sollen, daß der Faschismus so weit gefestigt sei, daß er sich den Luxus leisten könne, großmütig zu sein!

Das gleiche gilt für die „Fuorusciti", für die politischen Flüchtlinge.

Nicht eins der Verbrechen, die man beinahe allen „Fuorusciti" zur Last legen kann, ist in die Amnestie einbezogen. Nicht das Verbrechen (denn nach Art. 269 des italienischen Strafgesetzbuches ist es ein solches), dem Ausland die Wahrheit über die Ereignisse in Italien nicht verschwiegen zu haben. Nicht das Verbrechen, sich gegen den König oder andere verfassungsmäßige Einrichtungen des Faschismus (Art. 290) ausgesprochen, noch das — im gleichen Artikel erwähnte — Verbrechen, die faschistische Justiz an den Pranger gestellt zu haben. Nicht das Verbrechen (Art. 302 bis 305), einfache antimonarchistische oder antifaschistische Propaganda getrieben oder für die Durchführung dieser Propaganda Abmachungen getroffen oder Organisationen geschaffen zu haben.

Und zum Schluß eine weitere Bemerkung über die faschistische Amnestie. Es ist in ihr keine Spur einer allgemeinen Bestimmung vorhanden, die sich auf jene bezieht, die durch einen einfachen Verwaltungsakt auf die Inseln der Verdammten verbannt sind. Vielleicht werden dort individuelle Freilassungen vorkommen, aber gewiß nicht die fast restlose Befreiung der politischen Verbannten.

Das kann uns nicht überraschen: denn eine allgemeine Regelung der Lage der politischen Verbannten würde ja nicht erlauben, daß man, wie es sicherlich geschehen wird,

manche von denen in die Verbannung schickt, die durch die Amnestie oder die Herabsetzung der Strafe befreit worden sind

Niemals war die öffentliche Meinung der Welt das Opfer eines frecheren „Amnestieschwindels" als desjenigen, der heute vom faschistischen Regime ausgeheckt worden ist. Den politischen Opfern wurden Versprechungen gemacht, aber gegeben wurde den Dieben, den Bankrotteuren, den Uebertretern aller fiskalischen, Finanz- und Zollgesetze.

Das ist die Wahrheit über die große Amnestie!

Staatsschule vor dem Bankrott

Von Georg Steinfeld

Zu den Konzessionen, die das erschrockene Bürgertum nach den Novembertagen der Arbeiterschaft zugestand, um das Umschlagen der Revolte in eine proletarische Revolution zu verhindern, gehörte auch sein angeblicher Verzicht auf das rücksichtslose Bildungsmonopol der Besitzenden. Der in der Verfassung festgelegte Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahre, die obligatorische Durchführung der Grundschule und die erschwerenden Bestimmungen für die Zulassung von Privatschulen sollten das

Prinzip der allgemeinen Staatsschule

garantieren, mindestens soweit die Volks- und Fortbildungsschule in Frage kämen.

Nachdem zunächst in den ersten Jahren schon alle Bemühungen fortschrittlicher Bevölkerungskreise und der freiheitlichen Lehrerschaft um eine wirkliche Ausführung der verfassungsmäßigen Forderungen durch die zähe Sabotage der ökonomisch ausschlaggebenden Schichten verhindert oder zu völliger Unfruchtbarkeit verdammt waren, hat später nach der Festigung der politischen und wirtschaftlichen Reaktion eine planmäßige Rückwärtsrevidierung der kulturellen Versprechungen auf der ganzen Linie sich durchgesetzt, und heute stehen wir vor der Tatsache ihrer völligen Liquidierung.

In den letzten Tagen wurde der Bericht eines von den Länderministern eingesetzten Sparausschusses bekannt, der u. a. die gesetzliche Wiedereinführung der privaten Vorschulen fordert und damit sein Feuer auf die Staatsschule richtet, die auf Geheiß des herrschenden Monopolkapitals zertrümmert werden soll.

Diese Attacke auf die ohnedies nicht allzu befestigte Bastion der Staatsschule wird aus zwei Lagern wirksam unterstützt werden: von der sozialen und der kirchlichen Reaktion.

Die privaten Vorschulen sind von jeher das Ideal mittelalterlichen Standesgeistes gewesen, da sie ihrem Wesen nach ausgesprochene Versicherungsanstalten für soziale Sonderinteressen darstellen. Besonders durch ihre für die unbemittelten Kreise unerschwinglichen Schulgelder mußten sie die Bevölkerung nach den Vermögensverhältnissen scharf differenzieren, konnten sie einen rücksichtslosen Kastengeist züchten und die besitzenden Schichten zu exklusiver Isoliertheit in Kulturangelegenheiten anstacheln. Sie waren nichts anderes als der Ausfluß des Standesdünkels, der nicht dulden will, daß das Kind bemittelter Eltern auf der gleichen Schulbank Platz nimmt wie das Kind des Tagelöhners oder Fabrikarbeiters, sondern der verlangt, daß die Herrensöhnchen hermetisch vor der Berührung mit dem proletarischen Nachwuchs bewahrt werden. Es ist nicht besonders verwunderlich, wenn die privaten Vorschulen in dem halbfeudalen Dreiklassenpreußen und in den Hansastädten der Pfeffersäcke ihre bevorzugte Heimat hatten, während ihnen in dem vorzugsweise kleinbürgerlichen Süddeutschland der geeignete Mutterboden fehlte. Hier finden wir die Söhne des hohen Staatsbeamten neben denen des einfachen Handwerkers, die des Fabrikbesitzers neben denen des schlichten Arbeiters. Freilich fehlt es auch hier nicht an der klassenmäßigen Scheidung der Bildung überhaupt, sorgt ja schon die ökonomische Struktur des Klassenstaates automatisch für die Aufrichtung der wirtschaftlichen Schranken, die dem Nachwuchs der proletarischen Klasse den Aufstieg zu besseren Bildungsmöglichkeiten verwehren. Aber die bestehende Klassenerziehung durch ausgesprochene Geldsackschulen noch wesentlich verschärft zu haben, das blieb doch die besonders unrühmliche antisoziale Eigenart Norddeutschlands.

Die Weimarer Verfassung wollte diesem Unfug, den Professor Ziegler mit dem Ausdruck „Klassen- und Kastenschulen allerschlimmster Art" belegt, das Fundament entziehen, wenn sie unter der Bezeichnung „für alle" apodiktisch fordert, daß das Schulwesen ohne Unterschied der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Eltern aufgebaut und die schulpflichtige Jugend durch einheitliche Erziehung zusammengefaßt werden soll. Mit dem Programmvorschlag des Sparausschusses werden aber selbst die kümmerlichen Ansätze einer sozialeren Jugenderziehung zerstört und muß damit der Bankrott der Staatsschule herbeigeführt werden.

Denn es ist sicherlich keine Frage, daß diesen Vorstoß der sozialen Reaktion der kirchlichen Reaktion den willkommenen Anlaß bieten wird, die in ihrem Busen heimlich genährten Wünsche und getroffenen Vorbereitungen in die Praxis überzuführen. Sie ist ja aus ihrem Wesen und Prinzip heraus die erklärte Feindin der Staatsschule, aber sie war klug genug, ihre Meinung und Absicht darüber vorzeitig zu enthüllen und ihre Pläne dadurch zu gefährden. Als geschickter und in jahrhundertelanger Uebung erprobter Taktiker ließ sie die Zeit für sich arbeiten, zog sich auf die reaktionäre Zelle ihres Einflusses im Volke, auf die Familie, zurück und sorgte im ersten Augenblick nur für eine Lücke in der Gesetzgebung, um zu gegebener Zeit ein Einlaßtor für die Praktizierung ihrer Pläne zu finden; nämlich durch die Erfindung des Rechtes der Erziehungsberechtigten auf Mitbestimmung über den Weltanschauungscharakter der Schule, das ihr, sobald „ihre Zeit erfüllet war", die brauchbare Handhabe zur Geltendmachung ihrer Ansprüche bieten soll. An Exerzierübungen für ihre Durchbruchsschlacht hat sie es zu keiner Zeit fehlen, sondern jede Gelegenheit, die sich ihr bot, hat sie geschickt zum Manövrieren benutzt: sie organisierte von vornherein für ihre Zwecke die christlichen Elternvereinigungen — noch ehe die überschlauen sozialdemokratischen Bundesbrüder die wahre Absicht erkannten — und erzeugte unter der verlogenen Parole „für das heilige Recht der Eltern" eine öffentliche Meinung in ihrem Sinn; sie entfaltete eine äußerst geschickte Propaganda in Versammlungen und in der Presse, unter Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel der persönlichen Beeinflussung, selbst unter Anwendung von Verleumdung und Lüge, um die Staatsschule als volksfremd, als religionslos, als sozialistisch, kommunistisch und bolschewistisch bei den Massen zu diffamieren. Und es muß der Kirche wahrheitsgemäß der Ruhm zugestanden werden, daß sie in jedem Fall Siegerin geblieben ist.

Bereits abgeschlossene Konkordate, besonders das bayrische, beweisen trotz ihrer weitherigen kurzen Gültigkeit zur Genüge, wie die Kirche, ausgerüstet mit den reichlichen finanziellen Mitteln des Staates, durch Gründung von Kirchenschulen und Besetzung der Lehrerstellen mit ihr geeignet erscheinenden Lehrkräften (Nonnen, Kirchenschwestern und dergl.) ihre Zwecke erreichen kann.

Diese Schulen aber werden als Hilfstruppen der Reaktion zur Seite stehen, werden den Machtkampf um die Schule auch in die süddeutschen Gegenden tragen und dann der norddeutschen Reaktion willkommene Bundesgenossen sein bei der Zerschlagung der staatlichen Schulhoheit. Denn sie werden dafür sorgen,

daß in den proletarischen Massen die Ideologie und die Sklaventugenden erzeugt werden, die dem Kapital zur Aufrechterhaltung seiner Privilegien auf politische Knechtung und wirtschaftliche Ausbeutung so wertvoll sind: Gehorsam und Unterwürfigkeit gegenüber den vorgesetzten Herrn, Bescheidenheit und Bedürfnislosigkeit gegenüber dem Brotgeber, Fleiß und Ausdauer bei der Erzeugung des Profits und Demut und Geduld im Ertragen von Leiden.

Deutlicher denn je tritt hier der Betrug zutage, der bei Abschluß des Weimarer Schulkompromisses an den proletarischen Massen verübt worden ist, als die Sozialdemokratie dem Zentrum als Aequivalent für geleistete Hilfe bei Niederschlagung der Revolution die Schule zum Handelsobjekt anbot, als sie vor dem Angesicht der Massen auszog, ein Königreich zu gewinnen und ein Dauergeschenk in Gestalt von ein paar weltlichen Schulen heimbrachte. Der Vorstoß der politischen und kirchlichen Reaktion auf die Staatsschule aber kann nur abgewehrt werden, wenn die Arbeiterklasse die Wurzel des Uebels erkennt, die in dem Weimarer Schulkompromiß liegt, und wenn sie ungeachtet ihrer sonstigen Meinungsverschiedenheiten auch auf diesem Gebiet in geschlossener Front für die Verteidigung der Staatsschule kämpft. Jedes Zugeständnis, das sich auf vermeintliche Elternrechte, auf Sonderschulen für soziale und weltanschauliche Bestrebungen einläßt, muß zur Niederlage auf diesem für den proletarischen Befreiungskampf nicht ganz unwichtigen Gebiet führen.

Erschwerter Kirchenaustritt

Beim Preußischen Landtag liegt ein Antrag der Deutschnationalen Fraktion vor, der in verschiedenster Hinsicht eine Erschwerung des Kirchenaustritts vorsieht.

Bisher konnte der Kirchenaustritt auch durch Erklärung vor einem Notar rechtsgültig vollzogen werden. Nach der Meinung der frommen Deutschnationalen entspricht dieses Verfahren nicht „dem tiefen Ernst dieses Aktes". Viel schwerwiegender ist jedoch der Abschnitt des Antrages, in dem gefordert wird, daß nach Einreichung des Austrittsantrages beim Amtsgericht unverzüglich die entsprechende Religionsgesellschaft zu benachrichtigen sei, während bisher diese Mitteilung erst nach Vollzug des Austritts erfolgte. Auf diese Weise soll den Seelenhirten verschiedenster Schattierung ein Zeitraum von vier bis sechs Wochen zur Bearbeitung der abtrünnigen Schäflein verschafft werden. Wir können uns lebhaft vorstellen, daß sich hier wie überall die Kirchen nicht mit der Waffe des Geistes begnügen werden, sondern mit allen Mitteln wirtschaftlicher und sonstiger Repressalien gegen ihre Apostaten vorgehen werden.

Ferner sollen nach dem deutschnationalen Antrag Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren ihren Austritt aus der Kirche nur mit Zustimmung der Eltern vollziehen dürfen. — Wir lassen dahingestellt, wie weit dieser Teil des Antrages gegen die Reichsverfassung verstößt.

Nach den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im preußischen Landtag ist mit einer Annahme dieses Terrorantrages gegen die Freidenkerbewegung zu rechnen. Der Triumph der Kirchen wird jedoch nicht von langer Dauer sein, denn unbeirrt werden weiter wie bisher Tausende und Abertausende den Kirchen, die sich immer mehr als Waffen in der Hand der herrschenden Klasse erweisen, den Rücken kehren. Die Antwort auf diesen Antrag der Deutschnationalen aber muß eine Steigerung der Kirchenaustrittsbewegung unter den proletarischen Massen sein.

So wird man Nobelpreisträger

Die schwedische Akademie hat dem englischen Schriftsteller John Galsworthy den Nobelpreis für Literatur zuerkannt. Fast könnte man vermuten, daß neuerdings der Nobelpreis entsprechend der Länge der Romane und der Fortsetzungstechnik verteilt wird, da uns tatsächlich sonst nichts bemerkenswertes an den Werken John Galsworthys aufgefallen ist. Es sei denn, daß das Ausschlaggebendste sein außerordentliches Genie durch die erhebliche Produktivität seiner Feder und die Eindeutigkeit seines bürgerlichen Klassenstandpunktes bezeichnet würde.

Dazu erfahren wir noch einige interessante Tatsachen, die im nächsten Zusammenhang mit der Verleihung des Nobelpreises an Galsworthy stehen dürften. Außer Galsworthy befanden sich unter den Bewerbern Maxim Gorki und Mereschkowski. Es konnte den Verteilern des Preises nicht unklar bleiben, wem dieser Preis zuerkannt werden müßte. Aber das internationale Klasseninteresse der Bourgeoisie hat, wie stets, über die sachlichen Gründe gesiegt. Die Akademie hat erklärt, daß Maxim Gorki den Preis nicht erhalten könne, weil er ein eindeutiger Vertreter des Bolschewismus sei. Und ebenso vermochte die Akademie Mereschkowski den Preis nicht zuerkennen, weil er wiederum durch seine offene Feindseligkeit den Bolschewisten gegenüber offenbar zu deutlich den Klassenkampf der Bourgeoisie führt. Und sie wolle sich nicht in den Streit um den Bolschewismus einmischen. So ist Galsworthy weniger aus sachlichen Gründen als aus politischen der Nobelpreis zuerkannt worden.

Also auch die schwedische Akademie stimmt in den Chor „Wir haben nur einen Feind — den Bolschewismus" — ein.

Genf, die „friedliche, stille" Stadt

Arbeiter werden mit Maschinengewehren ermordet. Soldaten singen die „Internationale" Aus anderen Kantonen wird Militär „zum Schutze der Garnison" herangezogen. — So geschehen im November 1932 in Genf. Fürwahr, die Zeichen mehren sich.

Die furchtbare Gruben-Katastrophe in Mittelengland

Rettungsmannschaften bei der Einfahrt in den Unglücksschacht.

In der Garswood Hall-Zeche in Ashton (Lancashire) ereignete sich eine Explosion, durch die 24 Bergleute getötet wurden. Vier weitere befinden sich noch unter den Gesteinsmassen.

Japanische Blutjustiz gegen politische Gegner

Aus Tokio wird gemeldet: Der Prozeß gegen die im Laufe der letzten drei Jahre (!) verhafteten Kommunisten ist zu Ende gegangen. Vier der Angeklagten sind zu lebenslänglichem Zuchthaus und weitere 178 zu verschiedenen Freiheitsstrafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt worden.

•

Der Brüsseler „Peuple" schreibt zu diesem furchtbaren Bluturteil:

Dieses unerhörte Urteil ist von der Furcht diktiert. Die japanischen Behörden, die der Fortschritt der Linksopposition während der letzten Jahre in Schrecken versetzt hat, wollten zu einem großen Schlag ausholen. Diese jungen, zu so schweren Strafen verurteilten Menschen haben kein großes Vergehen begangen und man mußte sie anklagen, sich gegen das Leben des Mikado verschworen zu haben.

Es muß übrigens berücksichtigt werden, daß in Japan alle, die Kommunisten, die Sozialisten, Anarchisten und sogar die Radikalen, unterschiedslos als Kommunisten bezeichnet werden.

Eine Mitarbeiterin des bürgerlichen „Petit Parisien", Andrée Viollis, die vor kurzem von einem mehrmonatigen Aufenthalt im Fernen Osten zurückkehrte, erzählte gerade dieser Tage, wie sehr ihr in Tokio die Sympathie auffiel, die der Magistrat gegenüber den jungen Faschisten bewies, die mehrere hervorragende Politiker ermordet hatten, während die kommunistischen Angeklagten im Gefängnis mit äußerster Härte behandelt wurden. Vor sechs Monaten, zur Zeit der Durchreise der französischen Journalistin, waren mehrere dieser unglücklichen jungen Menschen im Gefängnis gestorben oder wahnsinnig geworden. Ihre Genossen fuhren fort, ihre Ideen vor einem Gericht, das entschlossen war, ihnen die höchstmöglichen Strafen aufzuerlegen, mit bewunderungswürdigem Mut zu verteidigen.

Es handelt sich hier um Klassenurteile von nicht zu überbietender Schändlichkeit.

Wie die polnische Klassenjustiz wütet

Vor die polnischen Standgerichte sind in der letzten Zeit in immer größerer Zahl auch jugendliche Angeklagte gestellt worden. In den letzten Wochen wurden drei 19-Jährige und sogar ein 17-Jähriger hingerichtet. Vor dem Standgericht in Grodno findet zur Zeit ein Prozeß gegen einen 18-Jährigen statt.

In einem Prozeß gegen Mitglieder des roten Textilarbeiterverbandes wurden 9 Angeklagte zu insgesamt 37 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage beruhte auf Angaben der Geheimpolizei, die die Debatten der Verbandsmitglieder in ihrem Lokal durch eine Bretterwand belauscht hatte.

Eine „kleine Amnestie", die jetzt in Polen erlassen worden ist, bezieht sich ausdrücklich nicht auf politische Vergehen.

Sturmkatastrophe in Japan

Tokio, 14. November.

An der Küste des Stillen Ozeans wütet ein heftiger Taifun, dem zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen sein dürften. Die Verbindungen sind unterbrochen. In Yokohama sind etwa 30 Häuser eingestürzt.

Aus den Trümmern sind bisher drei Tote geborgen worden.

In Numazu (Provinz Shizuoka) brach ein Brand aus, der 500 Häuser in Asche legte.

Bei Schirdewan jahrzehntelange Erfahrung! Viele Monate, wenn nicht Jahre, lagert der Schirdewan-Rum zur Ausreifung. Originalflasche Schirdewan-Rum-Verschnitt von 75 Pf. bis 14.20 M

Kein Haus ohne Rum von Schirdewan

Schirdewan-Verkaufsstellen in Breslau: Blücherplatz 6/7, Brockau Breslauer Str. 2, Feldstraße 11 11, Friedrich-Wilhelm-Str. 14, Friedrich-Wilhelm-Str. 45, Hirschstraße 59, Junkernstraße 37, Katharinenstraße 9, Klosterstraße 104, Messergasse 19 21, Matthiasstraße 107, Nikolaistraße 19 21, Neudorfstraße 62, Rosenthaler Straße 80, Sternstraße 42, Trebnitzer Straße 3c, Weißenburger Str. 35, Westendstraße 80 u. a.

Schlesischer Arbeitersport

Städtewettkampf im Kunstturnen

Dresden Breslau

am Sonntag, den 27. November, 16.30 Uhr, in der Lessingturnhalle. Sitzplatz 40, Stehplatz 25 Pfg.

Kunstturnen im Arbeitersport. Nach längerer Pause ist es wieder für die Anhängern der Breslauer Arbeitersportler wieder einmal Gelegenheit, gute Leistungen im Geräteturnen zu sehen. Der ausgesprochen guten Mannschaft des sächsischen Kreises unterlagen unsere Genossen am 30. Oktober in Dresden mit 10 Punkten. Nun gilt es, in Breslau diese Niederlage wieder auszumerzen, was Breslau gelingen kann, wenn jeder Versager vermieden wird. Dresden, deren Sicherheit ihnen manchen Punkt einbrachte, wird sich auch hier von der besten Seite zeigen und somit dafür sorgen, daß der Gegner nur durch Einsatz seines ganzen Könnens für sich den Sieg verbucht. Somit glauben wir sagen zu können, daß dieser Kampf äußerst interessant zu werden verspricht. Das Rahmenprogramm wird durch die Schulklassen des Vereins bestritten, die mit der Gruppe der Kinder, der Turnerinnen und Turner besondere Ausschnitte aus der Breitenarbeit im Arbeitersport zeigen werden. Die musikalische Ausgestaltung liegt in den Händen der Abteilung II der Ortsgruppe Breslau Arbeiter-Mandolinistenbundes, die durch ihre ansprechenden Leistungen vielen nicht unbekannt sein dürften. Das ganze Programm vereinigt demnach alles, was zu einer guten und für alle Kreise interessanten Veranstaltung gehört. Die Eintrittspreise betragen Sitzplatz 40, Stehplatz 25 Pf.

An die Eltern unserer Kinder!

Für den Städtewettkampf Dresden—Breslau geben wir für unsere Kinder Karten zum Preise von 10 Pfg. heraus. Eine geschlossene Teilnahme der Kinder unter Leitung der Kinderleiter erfolgt nicht. Wir erbitten deshalb die Teilnahme unserer Kinder möglichst in Begleitung der Eltern. Die Kinderleiter unserer Abteilungen erhalten gemäß der Stärke ihrer Abteilung Eintrittskarten zum Preise von 10 Pfg. zugesandt. Wir bitten, die Kinder darauf aufmerksam zu machen, daß wir die Teilnahme der Eltern voraussetzen.

Breslaus Meisterschaft im Ringen

In der Turnhalle der Waterloo-Straße, brachte am gestrigen Sonntag, vor gutem Besuch, der Breslauer Athletenbezirk seine Meisterschaftskämpfe zur weiteren Klärung. Eingeleitet wurde der Kampftag mit der Entscheidung in der Jugendklasse, wo der langjährige Jugendmeister, 1897, Breslau, fehlte, mit der Begegnung AAV 1911 Breslau gegen die Sportvereinigung Nordost 03, welche nach spannenden Kämpfen, den Nordostern mit der Mannschaft: Landschenk, Blasig, Tschierlay, Lengsfeld, Bittner und Freitag mit 18:16 Punkten die Bezirksmeisterschaft 1932 brachte. Im I. Treffen der Männer B-Klasse siegte überraschend die IIB-Mannschaft der Freien Sportvereinigung 1897 mit 7,5 Punkten gegen die IB-Klasse des AAV 1911 mit 6,5 Punkten. Das 2. B-Treffen sah Nordost 03 IB mit 9,5 Punkten über 1911 IIB erfolgreich. Im Hauptkampf der A-Klasse siegte der Arbeiter-Athleten-Verein 1911 I sicher mit 17:7 Punkten über die Sportvereinigung Nordost 03.

Fortgesetzt werden die Serienkämpfe am Mittwoch, den 16. November (Bußtag), in der Turnhalle der Lobeschule, Brunnenstr., wo in der B-Klasse sich 1897 IB gegen 1897 IIB und 1911 IB gegen 1911 IIB gegenüber stehen werden. In der Männer A-Klasse wird eine Vorentscheidung fallen, beide Gegner, der Ostdeutsche Meister AAV 1911 Breslau, sowie der Ostkreismeister, die Freie Sportvereinigung 1897 haben ein vorzügliches Ringermaterial aufzuweisen, sodaß ein jeder Kampf, vom Fliegen- bis zum Schwergewicht, äußerst interessant verlaufen sollte. Beginn um 15 Uhr.

Freie Turnerschaft Strehlen.

Glänzende Veranstaltung der Freien Turnerschaft Strehlen — zirka 1000 Besucher!

Die „Freien Turner", die am letzten Sonntag zu einem „Werbeschauturnen" aufgerufen hatten, konnten dies mit einem guten Erfolg durchführen. Gen. Duschek, Vors. charakterisierte die Arbeitersportbewegung gegenüber den „nationalen Sportverbänden", die wieder in ihrer ganzen Haltung zum neuen Krieg hetzten. Die gymnastischen und turnerischen Uebungen wurden hervorragend vorgeführt; und mit spontanem Beifall aufgenommen. Der diesmalige Sprechchor „Aus Nacht zum Licht" demonstrierte die elende Lage der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter und wie sie zum Schluß den Kapitalisten in einheitlicher Front beseitigen. — Alles in allem kann mit Recht gesagt werden, daß der Arbeitersportverein die beste Kulturarbeit hier in Strehlen für die Arbeiter leistet.

Notizen

T. V. d. Naturfreunde, Jugendgruppe. Wir treffen uns am Mittwoch (Bußtag) um 13.30 Uhr an der Endstation der Linie 15 in Oswitz (Spaziergang zum Oswitzer Wald).

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat. Breslau. Kleine Holzstraße 3. Telephon 567 68.

Distrikt 27: Donnerstag, 17. 11., 20 Uhr, bei Czichos, Kloster- Ecke Königgrätzer Str. Distriktsversammlung. Ref.: Gen. Eckstein.

Achtung! Alle Frauenfunktionäre der SAP! Donnerstag, 17. 11., 20 Uhr, Referentinnenkursus im Büro.

SJV

Sekretariat. Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Achtung! Genossen! Diese Woche sind folgende Gruppenveranstaltungen des SJV:

Gruppe 2: Donnerstag, 17. 11., Mitgliederversammlung der Ortsgr.
Freitag, 18. 11., Rund um die Politik der Zeit!
Sonntag, 20. 11., vorm. Proleton, Filmveranstaltung des SJV Breslau; abends im Heim: „Illegal".

Gruppe 3: Donnerstag: Mitgliederversammlung der Ortsgr.
Sonntag: Die Schnitzeljagd fällt aus, dafür früh im Proleton; abends Heim.

Gruppe 4: Donnerstag: Mitgliederversammlung der Ortsgr.
Sonntag: früh ins Proleton, abends im Heim Schallplatten.

Gruppe 5: Mittwoch: 7 Uhr am Westpark. Fahrt! Donnerstag: Mitgliederversammlung der Ortsgr. Sonntag früh: Proleton.

Gruppe 6: Mittwoch: ab 9 Uhr alles im Heim zu wichtiger Heimarbeit.
Donnerstag: Mitgliederversammlung der Ortsgr.
Sonntag früh: Proleton; abends Werbeabend im Heim!

Gruppe 7: Donnerstag: Mitgliederversammlung der Ortsgr.
Freitag: Rezitationsabend.
Sonntag: Lustiger Abend.

Gruppe 8: Mittwoch: früh 7.30 Uhr am Brausebad zur Schnitzeljagd.
Donnerstag: Mitgliederversammlung der Ortsgr. im Lessing.
Sonntag: früh Proleton; abends Bunter Abend im Heim.

An alle! Die Mitgliederversammlung am Donnerstag 20 Uhr pünktlich im Lessing, Adalbertstr., nicht vergessen! Es ist Pflicht zu erscheinen!

Funktionäre: Die Sitzung heute um 19.30 Uhr ist nur für SJV-Funktionäre, die Mitglied der SAP sind! Allgemeine Funktionärsitzung um 20.30 Uhr nicht vergessen! Heim: Friedrich-Wilhelm-Str. 80 neben Fache.

Sozialistische Schülerfraktion: Mittwoch, 16. 11., findet im Heim Kl. Holzstr. 3, um 10 Uhr vorm. eine wichtige Sitzung statt.

Freidenkerjugend Breslau. Morgen, Mittwoch, veranstalten wir im Heim Friedrich-Wilhelm-Straße 45, unseren Elternabend, bestehend aus ernstem und heiterem Teil. Beginn Punkt 19 Uhr. Alle unsere Genossen sowie deren Eltern sind dazu eingeladen. Gäste willkommen.

Deutscher Freidenker-Verband E.V. Ortsgruppe Breslau

Die Mitglieder werden gebeten, an den Abteilungsversammlungen teilzunehmen.
16. November, 18 Uhr: Innere Stadt, Restaurant „Stadt Leipzig".
18. November, 20 Uhr: Gräbschen, Restaurant „Jägerhof".
18. November, 20 Uhr: Nikolaitor, „Zentralballsaal".
19. November, 20 Uhr: Ohlauer Tor, Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/14.
21. Novemb., 20 Uhr: Pöpelwitz, „Kurgarten".
22. November, 20 Uhr: Odertor, im kleinen Schießwerdersaal.
25. November, 20 Uhr: Oswitz, Restaurant Knoblich.

Gleiche Tagesordnung. Ein Mitglied der Ortsverwaltung referiert.

Die Ortsverwaltung,
gez. Pietsch.

STADTTHEATER Dienstag, 20 — 23 Uhr, Abonn.-Vorst. A 6, Erstaufführung **Idomeneo**. Mittwoch, 20 — 22.30 Uhr, Abonn.-Vorst. B 6 **Tiefland**. Donnerstag, 20—22.45 Uhr, Abonn.-Vorst. D 6 **Liebesstrategie**

LOBETHEATER Dienstag 15.30, Bußtag 20.15 **Iphigenie auf Tauris**. Dienstag, Donnerstag, 20.15—22.10 Uhr **Komödie der Irrungen**

GERHART-HAUPTMANN-THEATER Täglich 20.15—22.45 Uhr **Die Ratten**

SCHAUSPIELHAUS Operettentheater. Heute 16.30 u. 20.15 Uhr zum letzten Male **Der letzte Walzer** Operette v. Oskar Straus. **Ab 17. November** Täglich 2 mal **Drei arme kleine Mädels** Operette von Walter Kollo. nachm.: 30 Pf. bis 1.25, abends: 30 Pf. bis 2.50

Morgen (Bußtag) 20 Uhr Gr. Konzerthaussaal **4. Abonnements-Konzert** d. Schles. Philharmonie unter Mitwirk. d. Singakademie

Pelzplüsch, Opossum, Feh, Seal, Biber etc. etc. zum Besatz und Verlängern von Mänteln etc. 10 cm nur 1.25, 0.95, 0.65, 0.45, 0.25 M. Versand nach auswärts! **Friedländer** Sonnenstr. 30

Beachtet unsere Inserate!

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate Herbert Scholz, Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstraße 7. **Redaktion:** Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Treppe. Telephon 206 02. **Alle Zahlungen** sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Wo decke ich meinen Bedarf?

WESTEN

Paul Frühauf **Kolonialwaren usw.** Bergstraße 22

Täglich frische **Seefische u. Räucherwaren** Richard Polke, Anderssenstr. 16

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Fleischermeister Max Lattner Posenerstraße 23. Stets in Qualität — Niedrigste Preise.

Schmelz ist und bleibt billig Friedrich-Wilhelmstraße 25

Restauration Traugott Kiefe Westendstraße 64. **Treffpunkt aller Genossen**. Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

Leinenhaus **Gotthard Völkel** Friedrich-Wilhelm-Straße 51. Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Lebensmittelhaus Heinrich & Co. Frankfurter Straße 154

ff. Fleisch- und Wurstwaren Steinauer Str. 6 **Emil Lüdeck**

Genossen Beachtet unsere Inserate!

ODERTOR U. SCHEITNIG

Richard Geise ff. Fleisch- u. Wurstwaren Bismarckstraße 24

Elektr. Beleuchtung v. M. 1.25 an • Carbidlatern. v. M. 2.10 an. Fahrradhandlung **Adalbertstraße 26** Paul Eichler

Neu übernommen ist die Lederhandlung von **Paul Scholz** Moltkestraße Nr. 18. Herabgesetzte Preise.

Reserviert! Nr. 191

Leder billigst bei **K. Becker** Gneisenaustraße 5

Schuh-Vogel Friedrich-Wilhelmstr. 66, Scheitniger Straße 12

Waldemar Burczyk 9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9% Matthiasstraße 135, Ecke Michaelisstraße.

HERMANN NICKISCH 9% Kolonialwaren Gertrudenstr. 2 9%

Wilhelm Kupczyk Schießwerderstraße 51. Kolonialwaren Lebensmittel

Leserinnen und Leser der SAZ! Schneidet untenstehende Kupons aus! Tragt sie bei Euch! Gebt sie in den Geschäften ab! Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.

ZENTRUM

S. Zöllner, Herrenausstatter Schmiedebrücke 64/65 • Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

Drogen Farben Foto **Matthias** Gartenstraße 10

Wände- und Deckenreinigung mit „Wandon" führt aus **Tapetenhaus Ursulinerstraße Nr. 7a** Inh.: G. Kleiner, Tel. 212 85, z. Selbstverarb. „Wandon" Pfd. 78 Pfg.

Richard Pusch Ritter-Drogerie Messergasse Nr. 37 DROGEN - FOTO

Kauft bei Blasse! Blasse ist billig! Kaufhaus **Blasse** nur Graupenstr. 6/10

C. Schlawe Reuschestr. 24, Inh.: H. Ko[illegible], Gegründet 1843. Eisenwaren - Metalle - Werkzeug- u. Maschinenhandlung - Stahlwaren - Haus- u. Küchengeräte. Dauerbrandöfen. Schlittschuhe und Rodel

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei **Carl Jos. Kessler, Inh. O. Klein** Friedrich-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 47, Markthalle Gartenstr., Stand 125/126, Bismarckstraße 27

Genossen! **Fleisch- u. Wurstwaren** nur bei **Reinhold Reichelt** Neumarkt 14

Schuh-Reparaturen nur **Schuh-Hilfe, Breite Str.** am Neumarkt. Fachmännische Leitung

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen. Ich gewähre Euch 5% Rabatt. **Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren** Reuschestraße 50 (rechts vom Königsplatz)

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung. Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung. Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung. Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung. Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung. Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Olga Stjepanowna

Eine Erzählung aus den Tagen des Bürgerkrieges von L. Nikulin

(Schluß.)

Spät in der Nacht trafen wir uns und wanderten lange durch die Straßen der verstummten Stadt. Patrouillen riefen uns an. Sirenen der Dampfer heulten und klangen so sonderbar. So heulen Sirenen, wenn sich das Schicksal einer Stadt entscheidet.

„Ein Betrieb kann ich dir sagen", meinte Jura, „du kannst dir selbst vorstellen, was für ein Betrieb im Stabe herrscht . . . Also du schämst dich, den Mund aufzumachen . . Da haste den Salat . . ."

Und in der Tat, es war schwer, in jenen Tagen vom Schicksal eines E i n z e l n e n zu sprechen, selbst eines einzelnen, wie es Sascha Schitomirski war.

Und so standen wir schließlich unverrichteter Dinge am Bette Saschas. Die Lampe warf unter ihrem grünen Schirm einen trüben Schein auf das Kissen und auf den rasierten Kopf des Kranken. Er bewegte sich plötzlich und murmelte:

„Will mal versuchen, aufzustehen!"

Wir faßten ihn unter die Achseln, er rappelte sich hoch, mager wie ein Skelett, die Knie knickten ein, die Füße schleiften über den Boden, als seien sie aus Watte.

„Ihr versündigt euch", schrie Olga Stjepanowna, „es ist möglich, daß die Weißen ihn tot schlagen. Es ist aber auch möglich, daß sie ihn nicht umbringen, daß er euch aber unterwegs stirbt, das ist sicher . . . Mehr hab ich euch nicht zu sagen" und mit kleinen leichten Schrittchen eilte sie aus dem Zimmer.

„In der Tat, es ist durchaus möglich, das heißt eigentlich könnte ich ja bei ihm bleiben. Die Sache ließ sich schon schaukeln."

Jura schwieg. Ich faßte sein Schweigen als Zustimmung auf und wollte schon Olga Stjepanowna rufen, als die schwarzäugige Marusenika eintrat, ein Blechkesselchen Milch in der Hand und den Spirituskocher anzündete.

„Ja, wollen wir dann bleiben?" fragte ich noch einmal und warf einen Blick auf Sascha. Der Spirituskocher zischte plötzlich, Milch war übergegossen und im Zimmer roch es nach Verbranntem.

„Marusenika", fragte Jura zärtlich, „was hast du?"

„Wer bleibt hier?" fragte leise Marusenika und ihre Stimme klang ganz anders als sonst, so ganz anders, daß selbst Sascha den Kopf hob.

„Wahrscheinlich bleiben zwei", sagte ich. „Wir bleiben unter deiner und Olga Stjepanownas Obhut. Siehst du jetzt, was wir für ein Vertrauen zu dir haben . . ."

„Wem vertraut ihr?" fragte sie und warf einen schnellen scheuen Blick auf die Tür.

Jura stand auf und ging nahe an sie heran:

„Was heißt wem? Euch vertrauen wir, dir und der Großmutter."

„Der Großmutter?"

Im selben Augenblick quietschte die Tür und unvermutet tauchte Olga Stjepanowna pantoffelschlürfend auf. Sie blickte uns schnell und scharf an und nahm das Thermometer vom Tisch.

„Marusenika", meinte sie sehr freundlich, „warum läßt du mich allein? Großmutter hat Angst allein, deine alte gute Großmutter."

Und Marusenika glitt zur Tür hinaus. Hinter ihr verließ Olga Stjepanowna das Zimmer. Ich wandte mich Jura zu. Er lag halb sitzend auf dem Bett. Den Kopf nach rückwärts geworfen und schlief mit offenen Augen. Pfeifend stieß der Atem durch seinen halbgeöffneten Mund. Die vierte schlaflose Nacht hatte ihn klein gekriegt.

Wir schliefen in den Kleidern. Gegen sechs Uhr morgens mußten wir fort. Ich weiß nicht mehr, was mir in dieser Nacht träumte, doch schlief ich trotz aller Aufregungen tief und fest, wie man nur in seinen jungen Jahren schlafen kann, wenn man nicht so recht an „Gefahr" und „Tod" glaubt. Jemand rüttelte heftig an meiner Schulter. Ich wachte auf.

Eine Kerze brannte. Hinter den Fenstern stand trübe und feucht das Morgengrauen. Tiefe Stille ringsumher — direkt erregend. Ueber mich beugte sich völlig angezogen Jura. Auf dem Bettrand saß Sascha Schitomirski — ebenfalls angezogen.

„Nimm ihn unter den Arm", sagte Jura. Ich tat es wortlos. Wir schleppten ihn durch den Flur ins Freie. Bis zur Hauptstraße trugen wir ihn fast. Die frische Morgenluft belebte ihn. Er bekam zusehends Kräfte. Geschütze bellten plötzlich los. Hinter dem Schlagbaum verschwanden im Nebel Trainkolonnen. Ohrenbetäubend durchschrillten Schüsse die Stille des Morgens.

„Verflucht nochmal", knirschte Jura plötzlich atemschöpfend, „verflucht!"

„Ja, was ist denn los?" fragte ich.

Seine Augen wurden plötzlich weiß, funkelten vor Wut. Er schrie mir direkt ins Ohr:

„Was los ist? Die Alte ist eine Hexe, ein Reptil, eine Bestie, ja das ist sie! Was los ist? Tag und Nacht hat sie zu ihren Göttern gebetet, daß der Teufel uns hole. Deshalb wollte sie auch nur, daß Sascha und du bei ihr blieben. Marusenika hat es selbst gehört, wie diese alte Kröte zu Gott gefleht und gewimmert hat: „Selbst werde ich sie martern, die Nägel werde ich ihnen unter reißen, die Augen mit Nadeln ausstechen, o Herr, laß sie nicht fortgehen, Gott, erlaub mir, daß ich meinen Mann und den Zaren räche." Marusenika hat mir alles erzählt, verstehst du? . . Da hast du den Salat . . !"

(Und Sie sprechen von „Humanität", „Menschlichkeit" . . !)

Reiter galoppierten vorbei, überholten Artilleriekolonnen. Das Klappern der Hufe vermischte sich mit dem Tacken eines Maschinengewehres. Dann hörte man einen Lastwagen über das Pflaster holpern. Polternd schoß er plötzlich um die Ecke. Drei Stimmen brüllten wir gleichzeitig los. Hände winkten. Es war ein „Mercedes", Typ 1912. 16 Bewaffnete, ein Teil des internationalen Stoßtrupps, auf der Plattform. Sie bildeten die Nachhut der Artilleriedivision. Zehn Hände griffen zu, zogen Sascha Schitomirski hoch und setzten ihn in eine Ecke. Dann folgte ich, zuletzt Jura.

Wir verließen die Stadt. Auf den Dächern irgendwo sah man Rauchwölkchen von Schüssen. Das waren die Weißgardisten, die auf die sich Zurückziehenden schossen. Irgendwo knallte es nervös und schnell hintereinander. Das war die Abteilung der Tscheka, die mit der Kavallerie der Weißen zusammengeraten war.

„Auf Wiedersehen, ihr Kiewer!" rief der Kommandeur des Wagens. Ja in des Wortes wahrster Bedeutung A u f W i e d e r s e h e n, ihr Bürger und Genossen von Kiew!"

Zurück zu Gott, zur christlichen Kirche

Die Forderung einer sozialdemokratischen Zeitung

Es gehört nicht mehr zu den Neuigkeiten, daß die Sozialdemokratie für die Beteiligung an den Kirchenwahlen eintritt. Wie mit vielen anderen Dingen, hat sich die Mitgliedschaft der SPD auch mit dieser Tatsache abgefunden. Von Interesse ist nur, wie diese religiösen Sozialisten ihre Teilnahme an den Kirchenwahlen begründen und sich in ihrer Art mit der materialistischen Geschichtsauffassung auseinandersetzen. In der sozialdemokratischen Dortmunder „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung" wird auf folgende Art für die Kirchenwahlen Propaganda gemacht:

„Die materialistische Geschichtsauffassung ist die offizielle Weltanschauung der Sozialdemokratie gewesen (!). Was versteht man unter Materialismus, materialistischer Geschichtsauffassung und letzten Endes Marxismus?

Es soll hier an einem Beispiel das wesentliche dieser ‚bösen Schlagwörter klar gelegt werden; und dann mag jeder mit sich selbst zu Rate gehen, sich und sein Gewissen fragen, ob er Materialist, Marxist ist oder — nicht. Darauf kommt es jetzt an."

Worin besteht nun das Beispiel dieses religiösen Sozialisten? Er setzt auseinander, daß der Professor Ernst Haeckel trotz aller positiven Ergebnisse seiner naturwissenschaftlichen Forschungen dennoch das „unbefriedigende Gefühl" hatte, daß ein großer Faktor in der Weltordnung — die U r s a c h e in der Entwicklung — uns noch ganz unbekannt ist." „Also," schlußfolgert unser religiöser Sozialist:

„Auch für Ernst Haeckel gibt es ein großes, weites, unbekanntes Land, das menschlicher Geist bis jetzt noch nicht zu durchforschen vermochte. Und hier setzt der Glaube ein. Hier glaubt jeder auf seine Art, wie Luther sagt. Wer jedoch die letzte ‚Ursache' leugnet, sich gleichsam über Haeckel hinwegsetzt, der mag sich Atheist nennen.

Und unter uns Sozialisten gibt es nicht wenige, die vor dieser Ursache, um mit Haeckel zu sprechen, sich in stiller Ehrfurcht beugen. Sie wollen auch ihren Kindern diesen ‚Glauben' an die letzte ‚Ursache' nicht vorenthalten; sie suchen den Ort auf, wo die letzte ‚Ursache' den Ausdruck seines äußeren Bekenntnisses hat — die Kirche."

Bei der vorherrschenden Prinzipienlosigkeit und der theoretischen Verlotterung der SPD kommt es ja auf etwas mehr oder weniger nicht an. Es ist nur bezeichnend, daß die Argumente im Kampf gegen die materialistische Geschichtsauffassung dem geistigen Waffenarsenal des Pater Muckermanns entnommen sind. Auch er argumentiert genau so gegen den Marxismus. Die Theologie mag mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung noch so oft in Widerspruch geraten, zuletzt bleibt ihr immer noch die Zuflucht zu „d e r l e t z t e n U r s a c h e" der Entwicklung, da steckt eben die göttliche Urkraft.

Da ist die SPD nun glücklich auch angelangt und sie ist allenfalls noch stolz auf diese Entwicklung, denn an der Spitze des oben zitierten Artikels heißt es ausdrücklich: „Dieser Artikel darf nur mit Quellenangabe abgedruckt werden." Die Quelle aber — man muß sich das merken und es allen sozialdemokratischen Klassengenossen besonders vor Augen führen — ist die Dortmunder „Westfälische Allgemeine Volkszeitung".

E. H.

„Religiöser Sozialismus"

Ergebnisse der Kirchenwahlen

Es liegen Teilergebnisse vor:

Berlin

Aus den Groß Berliner Gemeinden liegen bis zur Stunde Ergebnisse aus 67 Gemeinden vor. Es stehen noch Ergebnisse von kleineren Gemeinden aus. Danach erhalten: Positiv 1111, Volkskirchlich Evangelische Vereinigung 87, Liberale 298, Christlich unpolitisch 1209, Deutsche Christen (Nazis) 1335, Religiöse Sozialisten 36 Sitze.

Düsseldorf

In Düsseldorf entfielen auf die Vereinigte Rechte 58 Sitze, auf die deutschen Christen 32 Sitze.

Breslau

In der Stadt Breslau liegen vorläufig Ergebnisse der Kirchenwahlen aus sechs Gemeinden vor. Danach erhielten: kirchlich unpolitische Liste 59 Sitze im Gemeindekirchenrat, 149 Sitze in der Gemeindevertretung; deutsche Christen (Nazis) 37 bzw. 98 Sitze; religiöse Sozialisten 6 bzw. 16 Sitze.

*

Und die Lehre? Man überlasse den Nazis, sich an Kirchenwahlen zu beteiligen. Die Parole muß lauten: Nicht für die Kirche, sondern gegen sie!

Die Einheitsfront

SPD.-, SAP.- u. KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß

DIE ENTE

die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich - Probe-Nummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

10)

„Warum muß der Spiegel unbedingt im Flur aufgehängt werden, Luscha? Ich habe gar nicht die Absicht, nach rechts und links Geschenke auszuteilen."

Mein Gesicht verzerrte ein Lächeln empörter Eigenliebe. Aber mein Inneres überströmte ein plötzlicher Schmerz, als wäre ich seelisch gestolpert. Du bist dumm, Galja: du richtest dich zugrunde in den Augen dieser Frau. Da bist du schön in die Patsche geraten. Deine Laster schreibst du ihr zu. Luscha ist es fein gelungen, dich in eine Falle zu locken. Wie wirst du hier arbeiten können?

Luscha trat rasch ins Zimmer zurück, in ihren Augen dunkelten Schrecken und Staunen.

Ich war nicht imstande, sie anzusehen: ich schämte mich und hatte Angst, daß sie davonlaufen würde, um allen von meiner Habgier zu erzählen, wenn ihre Blicke meine träfen. Aber aus irgendeinem seltsamen Trotz heraus wollte ich mich nicht ergeben. Luscha zwinkerte mit ihren durchsichtigen Augen, als wäre Staub hineingeraten. Sie war plötzlich häßlich geworden, war verwelkt, sie hustete heiser auf. Vorsichtig, als fürchte sie, den Spiegel zu zerbrechen, legte sie ihn auf das Bett und, sich zur Tür wendend und meine Blicke meidend, ging sie langsam aus dem Zimmer. Sie glich einem Kind, dem man ein Spielzeug genommen hat.

„Ich habe doch Spaß gemacht, Luscha! Warum bist du beleidigt, du Dumme?"

Unsere Blicke begegneten einander, doch sahen wir sofort wieder weg.

„Komm, gehen wir uns waschen, Galja. Ich führ dich hin. Bei uns ist alles gemeinschaftlich: der Speiseraum, das Badezimmer; wir haben auch ein Dampfbad .. der Waschraum ist ebenfalls gemeinsam und auch die Waschküche. Nur die Kleider sind persönliches Eigentum, und die Ehepaare gehören einander.... Zuerst kommt es einem seltsam vor.... Man gewöhnt sich aber. .. Es ist sogar sehr schön.. wirklich... man hat gar keine Sorgen... Du erfüllst die Pflicht, die dir auferlegt ist, und dann fühlst du dich leicht und sorgenfrei wie ein Vogel...

Ich nahm meine Seifenbüchse, warf ein Handtuch über die Schulter und lief in den Korridor. Lang und schmal lag er im Schein des roten Dämmerlichts, voller Flüstern, Rascheln und leiser Stimmen.

„Siehst du, wie wir leben, meine Liebe? Türen, Türen, Türen.... Dreiundzwanzig Türen, dreiundzwanzig Zimmerchen. Das Badezimmer und der Waschraum liegen für sich."

„Und wo sind die Zimmer für den Kindergarten und die Kinderkrippe?"

„Nebenan, der Eingang ist von einem anderen Gang aus. Man hat es absichtlich so eingerichtet, daß sie abseits liegen. Wenn du dich gewaschen hast, können wir uns die einzelnen Wohnungen ansehen."

„Nein, Luscha, das können wir später tun, zuerst schauen wir uns die Räume für die Kinder an."

„Warum denn? Du bist doch in eine Gemeinschaft gekommen. Hier muß man zuerst den Menschen in die Augen blicken.... und erst dann: kannst du machen was du willst."

In ihrer Stimme und in ihrem Gang war mehr und mehr Strenge zu spüren.

„Sie ist mir wohl wegen des Spiegels böse", dachte ich. „Sie geniert sich nicht, sie gibt mir zu verstehen, daß wir nicht vom gleichen Schlage sind...."

Eine breite Tür führte in den Waschraum, die Luft erglänzte in der Abendsonne und die viereckigen Fenster loderten rot. Der Raum war groß und leer, Waschtische aus Blech, auf hölzernen Sockeln, standen der Wand entlang, es waren die gleichen wie in unserem Studentenheim: oben ein Reservoir für Wasser, unten ein Messingkran über einer Schüssel. An den Wänden Kleiderhaken und Haken, auf denen Leinenhandtücher hingen. An einer der Wände war mit Reißnägeln ein Zettel angebracht, auf dem mit sorgfältig gemalten, großen strengen Buchstaben geschrieben stand:

„Wasche Gesicht und Hände unbedingt mit Seife." „Wasche jeden Abend die Füße, damit kein Schweiß entsteht. Schweiß ist der schlimmste Ansteckungsherd."

Das gefiel mir. So schauen also Bauern aus!

„Ihr habt auch überall Aufschriften, Luscha? Wahrscheinlich bringt man sie auch hier dazu an, um die Vorschriften zu umgehen."

Luschas hübscher Mund zog sich zusammen, ihre Augen blitzten auf. Unerwartet unwirsch unterbrach sie mich plötzlich:

„Das ist vielleicht bei euch in der Stadt so, aber bei uns... wenn es jemand auch nur versuchen würde, er würde sofort von der Sanitätskommission eins auf den Deckel kriegen. Na, wasch dich mal.... Ich geh jetzt fort, wenn du mich brauchst, ruf mich...."

Sie wandte sich, nun ganz erbost, um und lief rasch, mit den bloßen Fersen auf den Boden klopfend, davon. Es war mir klar: sie war durch irgend etwas gekränkt, und ich war ihr durch irgend etwas widerwärtig geworden. Voller Schmerz empfand ich es. Und wiederum nagte Einsamkeit an meinem Herzen.

Der Schulmeister

Ich lief durch den Flur in mein Zimmer zurück, ermutigt, leicht, hüpfend, als hätte ich die Müdigkeit nach meiner Reise und die ersten quälenden Eindrücke von mir abgewaschen. Meine Augen waren frischer und kühler geworden, wie frisch durchspült war mein Blut, es war, als hätte ich mich innerlich aufgerüttelt, und dieser Korridor erschien mir jetzt verständlicher, war mir nicht mehr so fremd. Ich rannte wie ein Kind stürmisch in mein Zimmer und stieß dort mit einem mir unbekannten Mann zusammen. „Na", dachte ich ärgerlich, „anscheinend kann hier jeder, dem es gerade einfällt, ungeniert in mein Zimmer kommen. Werde ich mich wirklich daran gewöhnen müssen?"

Ich machte einen Schritt zurück und spürte daß meine Brauen unfreundlich zuckten.

„Was wollen Sie, Genosse? Kommen Sie zu mir?"

Der Mann sah wie ein kleiner Sowjetbeamter aus, mit seinem runden Rücken, grauem Russenkittel, Stiefeln, mit dem bläulichen Gesicht eines Schwindsüchtigen (ich bemerkte auf seiner Stirn, seiner Nase und seinen hageren Wangen dunkle Mitesser). Gelbe Borsten bedeckten sein Kinn. An der Stirn klebten Haarbüschel. Die Augen waren farblos, mit einem stieren Blick. Sehr traurige, mutlose Augen. Auch seine Stimme war dumpf und mutlos.

Unwillig, als zwinge er sich dazu, streckte er mir seine magere Hand entgegen und murmelte hoffnungslos, fast verzweifelt, über meine Schulter hinweg, in die Richtung des Bettes:

„Na... also guten Abend...."

„Nun... guter Abend. Woher kommen Sie mit dieser Trostlosigkeit? Sind Sie denn ein Kommunar?"

Im Lächeln zeigte er die Zähne, feste weiße Zähne, sie sahen aber wie falsche Zähne aus, und dadurch erschien auch sein Lächeln mutlos. Es war übrigens gar kein Lächeln, es war eine Grimasse des Ekels. Er machte sogar eine abweisende Handbewegung, als ekle ihn alles an, als ekle er sich vor sich selbst.

„Aber wo... ich bin der Lehrer...."

Bitter krächzte er:

„Der Schkrab. "*)

Er seufzte, blickte auf meine Sachen, auf die Wände, auf das Bett und brummte unwirsch durch die Zähne:

„Kirikow."

Dann fragte er mit verächtlichem Lächeln durch die Nase — seine stieren Blicke krochen dabei klebrig über mein Gesicht:

*) Schkrab gleich Sowjetrussische Abkürzung von Schkolnij Rabotnik, Schularbeiter, im Sprachgebrauch mit ironischem Unterton, etwa wie Schulmeister. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaften und „Eiserne Front“

Es besteht gar kein Zweifel, und von keinem Arbeiter, welcher politischer Richtung er auch immer angehören mag, wird es anders aufgefaßt, als daß die Eiserne Front eine rein sozialdemokratische Organisation ist und vor allen Dingen den Interessen der sozialdemokratischen Partei dienen soll. Trotz dieser Tatsache sehen wir in immer stärkerem Maße, daß die freien Gewerkschaften, oder bestimmter ausgedrückt, die reformistischen Gewerkschaftsführungen immer mehr dazu übergehen, sich selbst und die ganzen Gewerkschaftsorganisationen als einen Teil der Eisernen Front anzusehen und sich in diesem Sinne zu betätigen. Das offizielle Abzeichen der Eisernen Front sind die bekannten 3 Pfeile. Viele Gewerkschaften sind unter ihrer sozialdemokratischen Führung dazu übergegangen, ihre offiziellen Verbandsdokumente (vorgedruckte Briefbogen, ihre Wochenzeitungen, Funktionärorgane usw.) mit dem 3-Pfeile-Abzeichen der „Eisernen Front“ zu versehen.

Das erregt begreiflicherweise bei allen nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern steigenden Widerstand und Empörung. Die Eiserne Front wie auch die SPD, die das 3-Pfeile-Abzeichen ebenfalls zu ihrem Parteisymbol gemacht hat, führt nicht nur, wie ursprünglich als einzige Aufgabe der Eisernen Front angegeben wurde, den Kampf gegen den Faschismus, sondern mindestens in derselben Weise, ja in der Wirkung in noch stärkerem Maße, den Kampf gegen die anderen Arbeiterparteien, die KPD und die SAP. Es ist daher nur zu berechtigt, daß die Gewerkschaftsmitglieder, die der KPD, der SAP und anderen nichtsozialdemokratischen Parteigruppierungen angehören oder als Parteilose mit ihnen sympathisieren, es sich auf das entschiedenste verbitten, daß sie mit Hilfe der „Eisernen Front“ und der 3 Pfeile durch ihre eigene Gewerkschaft politisch in der rücksichtslosesten Form bekämpft werden.

Ein seit Jahrzehnten und auch gegenwärtig in der vordersten Front tätiger Gewerkschaftsfunktionär und SAP-Genosse hat sich vor kurzem in einem Schreiben an den Vorstand des Gesamtverbandes gewandt und gegen diesen Mißbrauch des Verbandes durch die Verbandsleitung beschwert. Darauf ist ihm vom Verbandsvorstand offiziell ein Schreiben zugegangen, dessen wichtigste Stellen wir hier anführen wollen; es heißt da:

„Zuerst eine Feststellung: Die Eiserne Front ist keine Einrichtung der SPD (!), sondern eine Zusammenfassung der gewerkschaftlichen und politischen Kräfte der Arbeitnehmerschaft im Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion ... Fest steht, daß die Mitgliedschaften der Eisernen Front sich nicht nur rekrutieren aus den Kreisen einer bestimmten Partei . . . Es ist eine falsche Einstellung, die Eiserne Front im Gegensatz zu der der SAP bzw. zur KPD zu bringen. Die Parole der 3 Pfeile ist eine durchaus überparteiliche (!) . . .

Das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitglieder ist auch beim Anschluß des Gesamtverbandes an die Eiserne Front nicht verletzt worden (!). Die Verwaltungskörperschaften des Gesamtverbandes, die die Beteiligung des Verbandes an der Eisernen Front beschlossen haben, sind auf Grund demokratischer Grundsätze gewählt worden. Für ihre Handlungen haben sie dem Verbandstag Rechenschaft abzulegen . . . Wir machen kein Hehl daraus, daß die Gewerkschaften in der Sozialdemokratie ihre parlamentarische Vertretung sehen. Die Gewerkschaften würden durchaus bereit sein, ein gleiches Verhältnis für die KPD und für die SAP anzuerkennen, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben wären. Bei den gegenwärtigen Kampfmethoden der KPD gegen die Gewerkschaften ist das ausgeschlossen. Soweit die SAP in Frage kommt, bedauern wir außerordentlich, daß die Gewerkschaften von der SAP dazu ausersehen sind, die politischen Cadres der Partei zu bilden.“

In diesem Brief ist alles das vereinigt, was wir an dem Verhalten der Gewerkschaftsführung aufs schärfste zu kritisieren haben. Erstens die unwahre Behauptung, daß die Eiserne Front keine Einrichtung der SPD, sondern überparteilich sei, und daß „ihre Mitglieder sich nicht nur aus den Kreisen einer bestimmten Partei (der SPD) rekrutieren.“ Die Eiserne Front wird, abgesehen von dem ohne und gegen den Willen der Mitglieder vorgenommenen Anschluß ganzer Organisationen wie die der Gewerkschaften, in ganz Deutschland beim besten Willen kaum ein paar Dutzend Mitglieder aufweisen können, die nicht der SPD angehören oder mit ihr sympathisieren. Alle übrigen Arbeiterparteien bzw. politischen Gruppierungen stehen, wie schon erwähnt, in schroffstem Gegensatz zur „Eisenen Front“. Damit ist die Behauptung des Vorstandes des Gesamtverbandes durch die Tatsachen widerlegt.

Die Gegnerschaft aller nichtsozialdemokratischen Parteien, Organisationen und Arbeiter gegen die Eiserne Front beruht eben gerade darauf, daß sie durch ihre rein parteimäßige Einstellung und Betätigung die notwendige überparteiliche Zusammenfassung der gesamten Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Faschismus und Kapitalsdiktatur verhindert.

Die „Eiserne Front“ könnte nur dann die wirklich überparteiliche Zusammenfassung aller Arbeiter darstellen, wenn bei ihrer Gründung oder zumindestens für ihre weitere Tätigkeit alle Arbeiterparteien und Organisationen, die zu dieser Einheitsfront gewillt sind, zu aktiver Mitarbeit herangezogen würden, Sitz und Stimme in der Leitung bekämen und, was das wichtigste ist, jede parteipolitische Tätigkeit, durch die die Interessen einer anderen Arbeiterpartei geschädigt werden, ausgeschaltet würde. Kurz, die „Eiserne Front“, oder welcher Name dann auch immer gewählt würde, müßte die rein sozialdemokratische Politik aufgeben und eine wirkliche Klassenpolitik, die sich ausschließlich gegen Faschismus und Kapitalsherrschaft richtet, treiben.

Die Gründung der „Eisernen Front“ und der Anschluß der Gewerkschaften an sie durch die reformistischen Verbandsleitungen vollzog sich aber unter bewußter Mißachtung dieser oben umrissenen Ueberparteilichkeit. Man hat sogar an vielen Stellen nichtsozialdemokratische Ortsverwaltungen einzelner Verbände oder ADGB-Ortsausschüsse, die sich dem Anschluß an die Eiserne Front widersetzten, mit Ausschluß aus der Gewerkschaft gedroht. Wenn angesichts dieser Tatsache der Vorstand des Gesamtverbandes behauptet, daß dabei das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitglieder nicht verletzt worden sei, so kommt hier die übliche Bürokratenauffassung zum Ausdruck, die mit einem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Mitglieder nichts mehr zu tun hat.

Der Brief zeigt auch gleichzeitig den Widerspruch und die innere Unwahrhaftigkeit der Gewerkschaftsführer bei ihrer Stellung zur Eisernen Front und gegenüber Andersdenkenden auf. Einerseits redet man von Ueberparteilichkeit, andererseits wird aber zum Schluß selbst dargelegt, daß nur die Sozialdemokratie als Vertretung der Gewerkschaften für sie in Frage käme, daß ein ähnliches Verhältnis weder für die KPD noch für die SAP gelten könne. Wir halten diese Stellung auch gegen die KPD für falsch, aber sie ließe sich zur Not noch begründen mit der antigewerkschaftlichen RGO-Politik der KPD. Daß aber die Gewerkschaftsführer als Vertreter und Befürworter der „Eisernen Front“ auch ein überparteiliches Verhältnis zur SAP ablehnen, obwohl ihnen bekannt ist, daß sich die SAP in jeder Hinsicht positiv zu den freien Gewerkschaften stellt, zeigt den wahren parteigoistischen Charakter der „Eisernen Front“ und der Gewerkschaftsführung.

Daraus ergibt sich für alle nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder die selbstverständliche Schlußfolgerung, daß sie die „Eiserne Front“ und den parteipolitischen Mißbrauch der Gewerkschaftsorganisation durch die „Eiserne Front“ aufs schärfste ablehnen und bekämpfen müssen.

Aber im Interesse der Gewerkschaften müssen alle Gewerkschaftsmitglieder, auch die verantwortungsbewußten sozialdemokratischen Kollegen, diesen Mißbrauch ablehnen und bekämpfen, denn es ist klar, daß, wenn die „Eiserne Front“ nur ein Parteigebilde ist, sie einen großen Teil, ja die Mehrheit der Arbeiterschaft in Gegensatz zu den Gewerkschaften bringen muß, wenn sich diese ganz einseitig auf dieses Parteigebilde festlegen. Die Gewerkschaften können jedoch ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie möglichst alle Arbeiter ohne Parteiunterschied erfassen und für alle Proletarier gleich werbend wirken. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Mitglieder die „Eiserne Front“ für nützlich und gut halten, so ist das ihre Sache. Wir wollen sie daran nicht stören. Aber sie muß aufs strengste ferngehalten werden von den Gewerkschaften, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit nicht sozialdemokratisch sind.

KPD Genossen herhören!

Weshalb der Verkehrsarbeiter-Streik verloren ging

Der Dortmunder „Generalanzeiger“, ein bürgerlich-linksgerichtetes Blatt, schreibt über den Ausgang des Verkehrsarbeiterstreiks folgendes:

„Gerade beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik zeigte sich mit aller Deutlichkeit, wie verfehlt die kommunistische Taktik ist. Wären die Kommunisten nicht außerhalb der Gewerkschaften, wären sie weiter Opposition innerhalb der Gewerkschaften geblieben, so wäre gerade auch beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik der Druck auf die Gewerkschaftsführung ein außerordentlich starker gewesen, und sie hätte sich nicht so sang- und klanglos durch den Abbruch des Streiks aus der Affäre ziehen können. Da aber die Kommunisten außerhalb der Gewerkschaften standen, da sie bei diesem Streik die unnatürliche Bundesgenossenschaft, die der Arbeiterklasse nur schädlich sein kann, mit den Nazis hatten, so wurde die Kluft auch bei den Verkehrsarbeitern zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern wieder größer und die Gewerkschaftsführung konnte den Streik abblasen ohne auf allzu großen Widerstand ihrer Mitglieder zu stoßen.“

Wir haben diesen Worten nichts hinzuzufügen, sie treffen vollinhaltlich zu. Auch in linksbürgerlichen Kreisen, die mit der Haltung der Sozialdemokratie nicht mehr einverstanden sind, gewinnt also die Einsicht, daß die Trennung der sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterschaft in zwei verschiedene gewerkschaftliche Lager nur der falschen Politik der sozialdemokratischen Führer dienlich ist. Wann werden die kommunistischen Arbeiter nun endlich ebenfalls diese Einsicht gewinnen und den RGO-Kurs aufgeben?

Reichskonferenz des Reichsbundes

Der unter der sozialdemokratischen Führung stehende Reichsbund der Kriegsbeschädigten hielt am 12. und 13. November seine 21. Reichkonferenz in Königsberg ab. Der Bundesvorsitzende sprach sich in seiner Eröffnungsrede gegen den „parteipolitischen Mißbrauch“ der sozialen Not der Kriegsopfer aus. Der Reichsbund wolle in überparteilicher Form die Kriegsopfer über die tatsächliche Ursache der gegenwärtigen Not aufklären und dafür eintreten, daß die Lasten des Krieges in gerechter (!!) Weise verteilt würden. Auf keinen Fall dürften aber die Kriegsopfer neue Lasten aufgebürdet bekommen. Er wandte sich gegen die reaktionären Pläne einer Verfassungsänderung, bei der die Sozialrentner nur eine weitere Verschlechterung ihrer Lage zu erwarten hätten.

Der bekannte sozialdemokratische Professor Dr. Hermberg hielt ein Referat über „Wirtschaftskrise und Sozialpolitik“ wobei er sich für den „Umbau der Wirtschaft“ im Sinne des SPD-Programms einsetzte.

Wichtig sind die Mitteilungen des zweiten Bundesvorsitzenden Noa, der darlegte, daß 1927 für 2,3 Millionen versorgungsberechtigte Kriegsopfer rund 1,39 Milliarden, 1932 dagegen für dieselbe Anzahl nur noch 1.05 Milliarden Mark vom Reich ausgegeben worden sind. Die Rentenversorgung sei durch eine Kette von Notverordnungen in ihren Grundsätzen erschüttert worden. Es sei zu fordern, daß der Versorgungsanspruch, der in den letzten Jahren nach und nach seines Charkters als Rechtsanspruch entkleidet worden sei, wieder in einen Rechtsanspruch zurück entwickelt würde.

Wir sind der Auffassung, daß der Reichsbund und damit auch die Kriegsopfer nur dann Erfolge gegen die Rentenverschlechterung erzielen können, wenn sie sich weit mehr als bisher auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellen und sich für gemeinsame außerparlamentarische Massenaktionen aller Arbeiterorganisationen einsetzen.

„Blaue Bohnen“ gegen Hunger

Das dritte Opfer schon innerhalb einer Woche unter den erwerbslosen Kohlensammlern! In Alsdorf diesmal, wo ein 20-jähriger Arbeitsloser beim Kokssammeln auf der Halde einen Schuß in den Hinterkopf erhielt, so daß er blutüberströmt bewußtlos zusammenbrach. Der Arzt stellte eine schwere Kopfwunde fest und ordnete die sofortige Ueberführung in das Krankenhaus an. Wie der Verletzte angibt, stammt der Schuß von einem Aufseher der Halde, der es jedoch in Abrede stellt. Wer schießt denn sonst auf den Helden als der Aufseher?

Auch in Polen

Warschau, 14. November.

CNB. Ein fahrender Kohlenzug ist gestern bei Petrikau von Arbeitslosen überfallen worden, die es auf Hausbrandkohle abgesehen hatten. Der den Kohlenzug begleitende Polizeibeamte schoß nach dreimaligem Anruf zwei der Diebe (!) nieder. Die beiden wurden auf der Stelle getötet.

Hungerrebellion

Erfurt, 14. November.

WTB. In dem Ort Frankenheim konnte die Unterstützung an die Erwerbslosen nicht ausgezahlt werden. Als die Verhandlungen im Bürgermeisteramt ergebnislos verlaufen waren, rottete sich die Menge zusammen und plünderte die Läden der Fleischer und Bäcker.

Das Ueberfallkommando (natürlich!) aus Hildburghausen mußte zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung herbeigerufen werden. Der Landrat Groß aus Meiningen, der an den Verhandlungen mit den Erwerbslosen teilgenommen hatte, wurde auf der Straße mit Steinen beworfen und verletzt.

ADGB-Müller gestorben

Der „Damm gegen die bolschewistische Flut“

Hermann Müller, Lichtenberg. Vertreter der deutschen Gewerkschaften im Genfer Arbeitsamt, bis vor kurzem zweiter ADGB-Vorsitzender und SPD-Reichstagsabgeordneter, ist am 13. November im Alter von 64 Jahren gestorben. Von Beruf Lithograph, war er seit 1898 als SPD-Redakteur, Arbeitersekretär und von 1905 ab im ADGB-Vorstand (früher Generalkommission) tätig. Müller hat sich hauptsächlich auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet betätigt und dabei große Fachkenntnisse gezeigt, was auch in einer Reihe von ihm verfaßter Schriften zum Ausdruck kam. Politisch stand er in der SPD wie im ADGB stets auf dem äußersten rechten Flügel. Er war ein ganz bewußter Konterrevolutionär. Von ihm stammt das berühmte Wort: „Die Gewerkschaften haben 1918/20 den Damm gegen die bolschewistische Flut errichtet und so Deutschland gerettet“. Die Papens haben daher allen Grund, ihm einen guten Nachruf zu widmen.

Zigaretten mit Zinnsoldaten

Die Propaganda zur nationalistischen Verhetzung und militaristischen Verseuchung der deutschen Jugend findet immer neue Wege. Die bekannte Zigarettenfabrik mit dem urdeutschen Namen Salem legt jetzt ihren Zigarettenpackungen Zinnsoldaten bei, mit denen die Raucher, wie ausdrücklich gesagt wird, „die Kinder beglücken“ sollen. Man findet da deutsche, französische und englische Soldaten und Offiziere aller Waffengattungen in allen nur denkbaren kriegerischen Stellungen Handgranatenwerfend, schießend, Minenwerfer feuernd, mit Maschinengewehren vorgehend usw.

Es bedarf für unsere Leser keiner besonderen Erklärung, daß wir diese Art Propaganda aufs schärfste verurteilen. Bedauerlich ist nur, daß die großen proletarischen Organisationen, insbesondere die Gewerkschaften, alle diese Dinge so stillschweigend hinnehmen. Diese Massenorganisationen hätten, wie es in der Vorkriegszeit bei ähnlichen Fällen ganz selbstverständlich war, ohne weiteres die Möglichkeit, durch geeignete Maßnahmen einen Druck auszuüben, der die Firmen sehr rasch veranlassen würde, auf ihre militaristische Verseuchung der Jugend zu verzichten. Es wird notwendig sein, daß wir in den Massenorganisationen überall dafür eintreten, daß auch in dieser Beziehung etwas mehr Aktivität an den Tag gelegt wird.

Die Ausbreitung des Rundfunks in der Welt

Trotz der Weltwirtschaftskrise hat die Aufwärtsentwicklung des Rundfunks in der Welt weiter angehalten. Das Sendernetz ist ausgebaut worden und in allen Teilen der Welt hat man Großsender errichtet, die Empfangsgeräte verbessert und ihre Bedienung vereinfacht. Begünstigt wurde die Ausbreitung des Rundfunks durch die Rationalisierung und Serienerzeugung der letzten Jahre, die im Endeffekt zu einer Senkung der Preise geführt hat.

In der Schweiz ist von Mitte 1931 bis Mitte 1932 die Zahl der Rundfunkteilnehmer um 64 v. H. (gegenüber 31 v. H. von 1930 auf 1931) gestiegen. In Großbritannien um 26 v. H., in der Tschechoslowakei um 25 v. H. im letzten Jahre. Auch in Frankreich, Italien und Rußland ist der Senderausbau gefördert worden. In Deutschland ist die Zahl der Rundfunkteilnehmer nur noch um 11 v. H. gegenüber dem Vorjahre gestiegen. In Europa insgesamt hat die Zahl der Rundfunkteilnehmer gegenüber Mitte 1931 eine Zunahme um 2,5 Millionen, d. s. 16 v. H. erfahren.

Mitte d. J. waren in der Welt rund 38,5 Millionen Empfangsapparate im Gebrauch.

Wenn man auf jeden Empfangsapparat etwa 4 Hörer rechnet, so wären rund 150 Millionen Menschen, d. h. jeder 14. Erdbewohner am Rundfunk beteiligt.

Wir erkennen aus dem Umfange der Verbreitung die Bedeutung des Rundfunks als Beeinflussungsmittel der öffentlichen Meinung. Die gerade in diesen Tagen um die Leitung des Rundfunks geführten Verhandlungen zwischen Papen und den Ländervertretern zeigen, daß sich die herrschende Klasse durchaus der Bedeutung des Rundfunks bewußt ist und einen scharfen Kampf um ausschließliche Kontrolle der Programme führt. Für die Arbeiterklasse ist es notwendig, auch diesem Frontabschnitt ihres Kampfes entsprechende Bedeutung beizumessen und die Hörer zu festgefügten Organisationen zusammenzuschließen, um gegebenenfalls wirkungsvolle Hörerstreiks zu inszenieren; denn nur durch aktiven Kampf können auf diesem Gebiete die gröbsten Auswirkungen verhindert werden.

Es kracht weiter in den Gemeinden

Vor einigen Tagen haben erst die siegerländischen Gemeinden Weidenau, Eiserfeld, Gosenbach und Herdorf ihren Zusammenbruch angemeldet, die infolge einer 70prozentigen Unterstützung ihrer Bewohner zahlungsunfähig geworden sind. Jetzt ist die Gemeinde Klafeld-Geisweid noch hinzugekommen.

Ebenso ist die Stadt Attendorn im Sauerland nicht mehr weit vom Bankrott entfernt. Die Kassen sind leer, so daß die Arbeitslosen nur noch eine tägliche Teilzahlung von 20 Pfennigen Unterstützung erhalten.